Breslauer  Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 516. Mittag-Ausgabe. Einundsechszigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 3. November 1880.

Das Finanz- und Steuerprogramm der Regierung.

Berlin, 2. November.

Wenn irgendwenn, so war diesmal die Spannung gerechtfertigt, mit welcher der Rede des Herrn **Bitter** bei der Ueberreichung des Etats pro 1881/82 entgegengesehen wurde. Und in der That wird man der Rede des Ministers die Anerkennung nicht versagen können, daß sie von seltener Offenheit auch in solchen Punkten war, wo ein klares Aussprechen vermuthlich gar nicht im Plane des Redners gelegen hatte, und wo demnach die Logik der wirklichen Verhältnisse die Logik der Worte berichtigte. Freilich, wer erwartet hatte, eine ausreichende Begründung für die Art und Weise zu finden, wie trotz eines Deficits von nominell 39 Millionen doch ein Ueberschuß von 23 Millionen herausdestillirt worden, und wie es zu rechtfertigen sein solle, von diesem angeblichen Ueberschuß 14 Millionen zu Steuererlassen zu verwenden, der mußte sich wohl getäuscht fühlen. Es ist über die wahre Natur dieses Steuererlasses, der, wo er überhaupt mit nennenswerthen Ziffern ins Gewicht fällt, dies nur bei den wohlhabenderen Censiten thut, dagegen den Aermeren fast gar nicht zu Gute kommt, an dieser Stelle schon ausführlich genug gesprochen worden. Nicht darin lag denn auch der Werth, welchen die Ausführungen des Ministers beanspruchen können, sondern in der ganz neuen Perspective, welche er auf die organische Verbindung der Steuerreform in Preußen und im Reich eröffnete. Allerdings haben die Koburger Conferenzen bereits zu dem Resultat geführt, daß die Erträge der dem Reichstag neu vorzulegenden Börsen-, Brau- und Wehrsteuer nicht in die Kassen des Reichs, sondern in diejenigen der Einzelstaaten abgeführt werden sollen, eben zu dem ausgesprochenen Zweck, hier zur theilweisen Ersetzung der directen durch indirecte Steuern, respective zur Ueberweisung einzelner directer Steuern an die Communen zu dienen. Aber immer und bei allen entsprechenden finanziellen Aufmachungen war als feststehend angenommen worden, daß nur bis zur Höhe des Ertrages jener drei Steuern, also etwa bis zum Belaufe von 50 höchstens 60 Millionen Mark eine Steuerreform in die Wege geleitet werden solle. Jetzt belehrt uns der Finanzminister, daß diese Summen nicht ausreichen würden, daß vielmehr 105 bis 110 Mill. neuer Bewilligungen vom Reichstag gefordert werden würden, und daß allein für Preußen 64 bis 70 Mill. hiervon abfallen müßten, um die Reform durchzuführen. Das sind keine sehr tröstlichen Aussichten für den Reichstag, und die Verantwortung des Abgeordnetenhauses für die weiteren Consequenzen der Steuerermäßigung wird sich in demselben Maße erhöhen müssen, als sich seine Mitglieder klar darüber werden, zu welchen wahrhaft kolossalen Bewilligungen sie den Reichstag eventuell engagiren würden. Denn darüber ist ja wohl alle Welt einig, daß es ein Zurück auf der betretenen Bahn nicht mehr geben kann, daß die Steuernachlässe nicht in diesem Jahre gewährt und im nächsten zurück genommen werden können, und daß das Schicksal dieses jetzigen Steuerreformplans entscheidend sein wird für die finanziellen Vorlagen an den Reichstag. Die Rede des Finanzministers wurde, wie natürlich, im Foyer des Abgeordnetenhauses sehr lebhaft commentirt; wir glauben, sagen zu können, daß nichts an derselben mißfälliger aufgenommen worden ist, als dieser Avis auf die Zukunft, als dieser geschickt sein sollende und dennoch herzlich ungeschickte Captivirungsversuch der **preußischen** Volksvertretung durch die in Aussicht gestellte Großmuth der Gesammtdeutschen. Und vielleicht ließe man sich diese Art, zu „reformiren", noch gefallen, wenn es Herrn Bitter gelungen wäre, über die Quellen, aus denen das Reich solche Schätze sammeln soll, ein freundlicheres Licht zu verbreiten. **Hell** genug war allerdings die Beleuchtung, welche er den Reichssteuerplänen angedeihen ließ. Wir erfahren hiernach, daß das Project einer Erhöhung der Branntweinsteuer vorerst keine Gnade in Friedrichsruh gefunden, denn so und nicht anders muß doch wohl die vorsichtige Art gedeutet werden, mit der von „Erhebungen" gesprochen wird, die noch zu keinem Abschluß geführt haben u. s. w. Wir erfahren aber auf der anderen Seite, daß eine Erhöhung der Tabaksteuer keineswegs ausgeschlossen ist, daß also der ganze Wirrwarr von Geschäftsstockungen, Untergrabung von Existenzen und Bedrohungen einer blühenden Industrie aufs Neue beginnen soll. Hierfür also soll das Abgeordnetenhaus den Reichstag engagiren! Es wird sich noch späterhin Gelegenheit genug finden, auf diese Verkettung von neuen Belastungsplänen mit der scheinbaren Wohlthat einer Steuerminderung einzugehen. Für jetzt ist das eine evident, daß es nämlich Herrn Bitter so wenig wie der Thronrede gelungen ist, das Mißtrauen in diese „Wohlthat" zu zerstreuen und die letztere einem nüchternen Verstande plausibel zu machen.

Vorbericht zum Etat.

Berlin, 2. November.

= Dem Staatshaushaltsetat für 1881/82 ist in gewohnter Weise ein Vorbericht vorausgeschickt, dessen Einleitung, wie folgt, lautet:

„Der Voranschlag der Staatseinnahmen und Ausgaben für das Jahr vom 1. April 1881/82 hat zwar noch nicht zur völligen Wiederherstellung des Gleichgewichts im Staatshaushalt geführt, läßt aber erkennen, daß die Finanzlage sich wesentlich günstiger zu gestalten beginnt. Es ist dies vorzugsweise darauf zurückzuführen, daß einerseits durch das andauernde Steigen der Erträge der Reichssteuern der preußischen Staatskasse erhebliche Einnahmen, welche um 9,648,420 M. höher als im laufenden Etatjahre haben in Ansatz gebracht werden können, zufließen, und daß andererseits im Bereiche der Betriebsverwaltungen bei allmäligem Schwinden des Druckes, welcher seither auf den Erwerbsverhältnissen lastete, auf bedeutende Mehr-Ueberschüsse gerechnet werden darf. Daneben ist nicht ohne Einwirkung geblieben, daß bei den Ausgaben — ebenso wie im Vorjahre — der Grundsatz strenger Sparsamkeit leitend gewesen und in weitem Umfange auf die Erzielung von Ersparnissen, unbeschadet der Befriedigung der als wirklich nothwendig anzuerkennenden Bedürfnisse, Bedacht genommen worden ist. Die Gesammtausgabe im Ordinarium beträgt 872,783,566 M. Dieser Ausgabe gegenüber waren die ordentlichen Einnahmen auf 895,761,284 M. zu veranschlagen. Es würde sich also ein Ueberschuß im Ordinarium von 22,977,718 M., bezw. nach Abrechnung der durchlaufenden Post von 330,000 M. aus dem reservirten Fonds zur anderweiten Einrichtung des Zeughauses in Berlin, von 22,647,718 M. ergeben. Dieses Ergebniß wird, zumal nach Lage der Umstände auf ein demnächstiges Steigen der betreffenden Einnahmen zu rechnen ist, als ein so wesentlicher Fortschritt angesehen werden dürfen, daß es zulässig erscheint, mit der im Interesse der Erleichterung der directen Besteuerung dringend wünschenswerthen Ausführung des Gesetzes über die Verwendung der aus dem Ertrage der Reichssteuern an Preußen zu überweisenden Geldsumme vom 16. Juli 1880 schon jetzt vorzugehen. Es wird demgemäß in dem Entwurf des Staatshaushaltsetats der Vorschlag gemacht, aus dem Preußen zustehenden Antheil an den Zöllen und der Tabaksteuer zu einem Steuererlaß nach Maßgabe des gedachten Gesetzes die Summe von 14 Mill. M. zu verwenden, welche ausreicht zum Erlaß einer dreimonatlichen Rate der Klassensteuer und der fünf untersten Stufen der klassificirten Einkommen-Steuer. Der vorgeschlagene Steuererlaß erscheint im Etat als Einnahme-Ausfall bei der Verwaltung der directen Steuern. Die ordentlichen Einnahmen ermäßigen sich dadurch auf 881,761,284 M. und es verbleibt im Ordinarium dann ungeachtet des gedachten Ausfalls noch ein Ueberschuß von 8,647,718 Mark. Es ist in dem Etatsentwurf angenommen, daß dieser Betrag zur theilweisen Deckung des Extraordinariums zu dienen haben werde. In wie weit derselbe statt dessen theilweise zur Bildung eines Eisenbahn-Reservefonds zu bestimmen und ein entsprechender Betrag in das Ordinarium des Etats einzustellen sein möchte, wird von den Verhandlungen über das zur Vorlage gelangende Gesetz, betreffend die Verwendung der Jahresüberschüsse der Eisenbahn-Verwaltung, abhängen. Im Extraordinarium sind einmalige und erstmalige Bewilligungen nur ganz ausnahmsweise da in Aussicht genommen worden, wo es sich um Befriedigung eines außergewöhnlich dringenden und nicht aufschieblichen Bedürfnisses handelt. Dagegen haben bedeutende Summen zur Fortführung der in den letzten Jahren begonnenen Bauten eingestellt werden müssen. Das Gesammt-Erforderniß im Extraordinarium beläuft sich nach Abzug der obenerwähnten, durch besondere Einnahme gedeckten Summe von 330,000 M. auf 39,227,718 M. Es bleibt also, wenn der oben erwähnte Ueberschuß im Ordinarium von 8,647,718 M. mit zur Deckung des Extraordinariums bestimmt wird, ein Betrag von 30,580,000 M., für welchen die Einnahmen Deckungsmittel nicht gewähren und der daher in Anlehnung an die im Vorjahre getroffene ähnliche Maßregel durch Aufnahme einer Anleihe zu decken sein wird. Wegen Bewilligung der Anleihe, deren Betrag bei den Einnahmen der allgemeinen Finanzverwaltung eingestellt ist, wird ein besonderer Gesetz-Entwurf vorgelegt werden. Der Etat schließt hiernach in Einnahme und Ausgabe im Ganzen auf 912,341,284 M. ab, mithin gegen das laufende Jahr mehr 113,140,704 M. Dieses Mehr hat vorzugsweise in dem Erwerb der verstaatlichten Privatbahnen seinen Anlaß und beruht insbesondere darauf, daß in dem vorigen Etat nur die Betriebsüberschüsse dieser Bahnen vorgesehen waren, während in dem vorliegenden Etat die Brutto-Einnahmen und Brutto-Ausgaben eingestellt worden sind.

D e u t s c h l a n d.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

3. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. November.

11 Uhr. Am Ministertisch: Bitter, Lucius und Maybach mit mehreren Commissarien.

Eingegangen sind: 1) der Rechenschaftsbericht über die weitere Ausführung des Gesetzes über die Consolidation der preußischen Staatsanleihen; 2) die Rechnungen der Kasse der Oberrechnungskammer pro 1878/79; 3) der Gesetzentwurf über gemeinschaftliche Holzungen; 4) eine Denkschrift, betr. die Regulirung der Spree, Havel, Mosel, des Pregel 2c.; 5) der Bericht über die bisherige Ausführung des § 4 des Gesetzes, betreffend den Erwerb mehrerer Privatbahnen für den Staat und 6) ein Gesetzentwurf, betreffend die Wiederzulassung der Vermittelung der Rentenbanken zur Ablösung von Reallasten. Hierauf folgt:

Das Exposé des Finanzministers.

Minister **Bitter**: Ich habe die Ehre, dem Hause den Finanz-Etat für 1881—82 vorzulegen. Als ich den Etat für das laufende Jahr vorlegte, befand sich das Land am Ausgange einer schweren Krisis, in der ein Stillstand eingetreten war. Jetzt zeigt sich eine erfreuliche Wendung zum Besseren, deren Spuren schon bei einem Rückblick auf das abgelaufene Finanzjahr 1879—80 wahrzunehmen sind, denn meine Befürchtung, daß die ersten sechs Monate desselben sehr erhebliche und bedenkliche Mindererträge aufweisen würden, haben sich so weit ausgeglichen, daß ich hoffen durfte, mit einem nicht erheblichen Minderertrage oder einem unerheblichen Mehrertrage das Jahr abschließen zu dürfen. Dies wäre auch der Fall gewesen, wenn nicht sehr erhebliche Mindererträge noch einen viel größeren Umfang erreicht hätten und nicht unvorhergesehene Ausgaben über den Etat nothwendig geworden wären. So sind an Mehreinnahmen in jenem Finanzjahre eingetreten an directen Steuern 568,640 Mark, in der Verwaltung der Bergwerke 1,270,060 M., der Eisenbahnen 6,605,157 M. (Hört!)

Es befinden sich aber in der letzteren Ziffer 4,818,328 M., welche den verstaatlichten Eisenbahnen angehören (Hört!), deren Erträge nur bis zum 1. Januar d. J. festgestellt werden konnten, weil damals die Uebereinstimmung zwischen dem Rechnungsjahr der Privatbahnen und dem staatlichen Etatsjahr noch nicht ausgeführt werden konnte. (Hört! links.) Sollten in diesem ersten Quartal, welches noch nicht mit zur Rechnung gezogen werden durfte, noch einige Mehreinnahmen aus den Privatbahnen zu verzeichnen sein, dann würden sie natürlich dem damals abgelaufenen Etatsjahr zu Gute gerechnet werden können. Ferner ist in den Dotationen eine Ausgabenersparniß von 3,300,000 M. eingetreten und außerdem sind aus der Reichskasse aus Ueberschüssen der Zölle und der Tabakssteuer gegen den Etat mehr eingesetzt 4,838,132 M.

Diesen Mehreinnahmen stehen leider sehr bedeutende Mindereinnahmen namentlich aus den Betriebsverwaltungen gegenüber: bei der Domänen- und Forstverwaltung 5,064,155 M., bei der Stempelverwaltung 4,529,568 M., bei den hinterlegten Geldern 1,180,049 M.; bei der Justizverwaltung fand außerdem eine Mehrausgabe von 6,623,291 M. über den Etat statt. So entstand ein Deficit von 5 Mill. M., dessen Deckung durch eine Anleihe Ihnen vorgeschlagen wird. (Hört! links.) Gleichwohl zeigt das Finanzjahr 1879/80 gegen das Vorjahr eine Verbesserung um 3½ Millionen, also einen bedeutenden Fortschritt zum Besseren.

Der Etat für 1881 bis 1882 schließt in Einnahme und Ausgabe mit 912,143,287 M. ab, das Extraordinarium beträgt 39,557,718 M., zu deren Deckung nur ein Anleihebetrag von 30,800,000 M. in die Einnahme aufzunehmen sein wird. Nach Abzug dieses Anleihebetrages, der in die Einnahmen gesetzt worden ist, hat sich die Reineinnahme des neuen Finanzjahres gegen seinen Vorgänger um 120,260,704 M. vermehrt. Die **Verwaltung der Domänen und Forsten** schließt mit einer Mindereinnahme von 430,310 M. ab, vorzüglich in Folge des verminderten Ertrages von Ablösungen aus Domänengefällen und dem Verkauf von Domänen und Forstgrundstücken, während die Forstverwaltung selbst nach mehrjährigem Rückgange in den Einnahmen ein Mehrertrag von 315,000 M. nachweist.

Das **Finanz-Ministerium** ist mit einer Minder-Einnahme von 10,607,540 M. in Rechnung gestellt, weil die Staatsregierung es für zulässig und nützlich halten mußte, den Erlaß einer dreimonatlichen Klassen- und Einkommensteuerquote von 14 Mill. in Folge des Gesetzes vom 16ten Juli d. J. einzustellen. Sonst würde eine Ueberschuß von 3,329,460 Mark vorliegen. Inzwischen haben ferner die Erträge der Stempelsteuer sich etatsmäßig um 1,668,600 M. vermindert, die sonstigen Einnahmen haben sich aber fast durchweg erhöht. Ein Minderertrag von 21,431,412 M. in der **allgemeinen Finanzverwaltung** ergiebt sich lediglich daraus, daß bei den Hinterlegungsfonds und Zinsen der hinterlegten Gelder 25,911,930 Mark weniger als im vorigen Jahr eingestellt werden konnten. Wenn man die hierher gehörigen nur als durchlaufende Posten behandelten Summen in der Einnahme absetzt, so bleibt gegen das Vorjahr eine Mehr-Einnahme von 4,777,118 Mark übrig, eine eigentliche Mindereinnahme in wirthschaftlicher Hinsicht hat daher auch bei diesem Titel in keiner Weise stattgefunden.

Diesen zum Theil scheinbaren Mindereinnahmen stehen aber erhebliche **Mehreinnahmen** gegenüber: aus der **Berg-, Hütten- und Salinenverwaltung** 6,302,033 M. gegen das Vorjahr (die Einnahme aus dieser Position beträgt 55,371,741 M.); aus der **Eisenbahnverwaltung** 139,884,977 M. gegen das Vorjahr (die Einnahme im Ganzen beträgt 356,542,000 M.), so daß die Betriebsverwaltung dieses Ministeriums, wobei allerdings der Hinzutritt der verstaatlichten Privateisenbahnen mit im Auge behalten werden muß, sich allein gegen das Vorjahr um 146,187,108 M. vermehrt hat.

Beim Abschnitt B, Cap. 23 der allgemeinen Finanzverwaltung werden unter Titel 1 als preußischer Ertrag der Zölle und Tabaksteuer aus dem Reich die Summe von 34,123,900 M. aufgeführt, gegen das Vorjahr um 9,648,420 M. mehr. Dieser erfreulichen Mehreinnahme aus dem Reich ist es vorzüglich zu danken, daß der Erlaß an directen Steuern in Ausgabe gestellt werden konnte. Außerdem bleibt aus den Einnahmen ein Ueberschuß von nahe 9 Millionen für das Extraordinarium übrig. Ich bemerke aber ausdrücklich, daß, wenn das Gesetz über die Eisenbahngarantien bereits erlassen worden wäre, ein Theil dieser Summe dem Reserve- und Amortisationsfonds der Eisenbahnen hätte überwiesen werden müssen. Zur Zeit ist dieses Gesetz nicht erlassen, — es wird vorgelegt werden — und die ganze Summe erscheint als ein freier Staatsüberschuß, über den die Staatsregierung Vorschläge zu machen hat. Sollte das Haus beschließen, daß ein Theil dieses Ueberschusses zum Reserve- und Dispositionsfonds eingezogen werden soll, so würde dem unsererseits nichts entgegenstehen und wir müßten nur den Ausgleichfonds für das Defizit erhöhen.

Was den **Steuererlaß** von 14 Millionen betrifft, so ist es der Staatsregierung nicht entgangen, daß auch eine andere Verwendung des Ueberschusses möglich wäre, als sie von der Regierung vorgeschlagen ist. Nach streng financiellen Grundsätzen würde man in der Lage gewesen sein, diese 14 Millionen zur Herabminderung des Extraordinariums, also zur Verminderung der etatsmäßigen Ausgaben zu verwenden. Das Deficit des Extraordinariums würde dadurch auf 16½ Millionen reducirt werden können. Auch würde man verlangen können, daß das Verwaltungsdeficit des vorigen Jahres den Ueberschüssen des laufenden Jahres im Etat überwiesen werde. Es ist aber von Seiten des Hauses und von Seiten der Finanzverwaltung immer angenommen, daß jedes Finanzjahr für sich rein abzuschließen habe und daß die Ausgaben des einen nicht auf die Einnahmen des nächsten Jahres übertragen werden sollen. Da die Regierung diese Praxis beizubehalten wünscht, schlägt sie Ihnen vor, diese 5 Millionen durch eine Anleihe zu decken. Daß die für den Steuererlaß in Aussicht genommenen 14 Millionen nicht für die Deckung des Extraordinariums verwendet werden sollen, hat seinen Grund darin, daß bei der Berathung des Verwendungs-Gesetzes wohl von keiner Seite vorausgesetzt worden ist, daß der Steuererlaß erst eintreten solle, wenn der Staat aus seinen Einnahmen nicht blos alle laufenden, sondern auch alle außerordentlichen Bedürfnisse gedeckt haben würde. Man hat vielmehr vorausgesetzt, daß, wenn das Ordinarium gestatten sollte, überhaupt Steuererlasse zu bewilligen, mit diesen vorgegangen werden solle, um so mehr, als ja die Ueberschüsse aus der Reichskasse ebenfalls in das Ordinarium eingetragen werden und bestimmungsmäßig diesen Steuererlassen entgegengestellt werden sollen. Hätte man geglaubt, daß auch das Extraordinarium erst vollständig gedeckt sein müsse, dann würde es mit dem Verwendungsgesetz in der That gar keine Eile gehabt haben, denn wenn man auch der allgemeinen Besserung der financiellen Verhältnisse in vollem Umfange Rechnung trägt, so würde es doch immer noch mindestens 3 bis 4 Jahre dauern, bevor wir in die Lage kommen würden, alle extraordinären Ausgaben aus den laufenden Einnahmen zu decken. Bis dahin den ärmeren Klassen der Bevölkerung eine Steuererleichterung vorzuenthalten, scheint der Regierung um so weniger gerechtfertigt, als im laufenden Etat bereits über 9½ Millionen mehr an Reichssteuern in Einnahme gestellt worden sind.

Auch wird man gewiß nicht wohl thun, Ausgaben, welche im Wesentlichen auch der Zukunft zu Gute kommen, der Gegenwart aufzuerlegen und die dazu erforderlichen Mittel gerade den ärmeren Klassen der Bevölkerung zu entziehen. Die Bevölkerung hat durch das Verwendungsgesetz für den Fall, daß überhaupt Ueberschüsse aus der Reichskasse an die Staatskasse abgegeben werden, ein gewisses Recht auf die praktische Ausführung dieses Gesetzes und wir glauben, daß die Umstände dazu angethan sind, den Anschauungen der Bevölkerung nach dieser Seite hin Rechnung zu tragen. Die Regierung ist hierbei der Ansicht gewesen, daß ein geringerer als ein dreimonatlicher Steuererlaß, wenn eine Erleichterung irgend merklich sein soll, nicht würde in Aussicht genommen werden können. Sie erachtet es als ein hervorragendes Staatsinteresse, daß mit der Steuerreform, wenn auch nur in dem vorliegenden beschränkten Umfange, doch ein praktischer Anfang gemacht werde. (Beifall rechts. Hört! hört! links.) Es ist mir sehr angenehm, daß diese Bemerkung Aufmerksamkeit erregt; jedenfalls rechne ich mit Zuversicht darauf, daß das hohe Haus dem Erlasse der 14 Millionen seine Zustimmung nicht versagen wird. (Zustimmung.) Daß es bei diesem Anfange nicht bleiben kann, daß es sich jetzt nur um den ersten Schritt auf der Bahn nach vorwärts handelt, ist für uns nicht zweifelhaft. Bei gleich sparsamer und vorsichtiger Verwaltung, welche bei uns in Preußen immer eine der ersten Bedingungen sein muß, werden die Staatsfinanzen auch in den kommenden Jahren die Einnahmen bieten, um einen gleichen Erlaß, wie den jetzigen, in den Etat einzustellen. Was nun das **Extraordinarium** selbst betrifft, so dürfte dasselbe durch die aufgenommenen Positionen, die Ihrer aufmerksamen Prüfung unterliegen werden, sich in sich selbst rechtfertigen.

Ich will dabei die vielfach in der Presse laut gewordene Meinung erwähnen, wonach der Ueberschuß im Ordinarium nur dadurch herbeigeführt sei, daß Ausgaben der laufenden Verwaltung, welche in das Ordinarium gehören, im Extraordinarium aufgeführt seien. Diese Voraussetzung ist eine durchaus irrige. Eine Vergleichung des jetzt vorliegenden Extraordinariums mit dem des vorigen Jahres wird ergeben, daß nur solche Ausgaben dort aufgenommen sind, welche in der That sich als einmalige und außerordentliche darstellen. Es hat daher eine Verdeckung der Ausgaben im Extraordinarium und der Einnahme im Ordinarium nach keiner Seite hin stattgefunden. Ich bemerke ferner, daß neben unwesentlichen Ausgaben für das **Staats-, Handels- und Finanzministerium**, das **Ministerium der öffentlichen Arbeiten** eine Summe von 25,978,215 Mark in Anspruch nimmt, wobei 9,522,450 Mark für **Eisenbahnzwecke** und 16,093,665 Mark für die **Bauverwaltung** bestimmt sind, von denen wieder etwa 14½ Millionen für die Regulirung der Wasserstraßen, die Förderung der Binnenschifffahrt und für die Häfen und Schifffahrtverbindungen ausgeworfen sind. Das **Justizministerium** erfordert zum Bau von Gerichtsgebäuden und Gefängnissen 2,455,145 Mark, das Ministerium des Innern für Strafanstalten etwas über eine Million Mark, die **forst- und landwirthschaftliche** und Gestütverwaltung 2,319,200 Mark. Für das **Cultusministerium** sind 6,154,537 Mark ausgeworfen, von denen 2¼ Millionen für Universitäten, 390,000 Mark für wissenschaftliche und Kunstzwecke, 2,062,500 Mark für das technische Unterrichtswesen und 245,875 Mark für das Elementarschulwesen bestimmt sind. Die aus dem Vorjahre übernommenen Summen, die also nicht der laufenden Verwaltung angehören, aber, da die betreffenden Verwendungen bereits angefangen haben, auch gedeckt werden müssen, erheben sich auf 26,530,000 Mark.

Es bleiben also für dieses Jahr an neuen Bewilligungen, soweit sie in Anschlag gebracht sind, nur 13,000,000 M. zu verzeichnen. Das ist gewiß kein sehr erheblicher Betrag. Ich rechne aber darauf, daß mit der Vollendung der begonnenen großen Bauten und mit Erledigung der Zwecke, die bisher im Extraordinarium Aufnahme gefunden haben, eine wesentliche Herabminderung desselben stattfinden muß. Ich habe den Wunsch, daß das Extraordinarium ganz aus unserem Etat verschwinde und daß die Mittel vorhanden sein möchten, auch diese Ausgaben in das Ordinarium zu übertragen. (Bewegung links.) Ich glaube nicht, daß diese Ansicht eine sehr sanguinische ist, denn es handelt sich in diesem Jahre nur um 13,000,000 M. Das ist eine hohe Summe, aber jedenfalls eine solche, die zu großen Bedenken Veranlassung nicht geben könnte. Außerdem wird noch der Bau des **ethnographischen Museums** in Berlin seinen Anfang nehmen, nachdem die bisherigen Schwierigkeiten beseitigt sind. Die erste Baurate von 500,000 M. ist bereits im Jahre 1879 bewilligt worden. Nach alledem ist ein verdecktes oder verschleiertes Deficit, wie es jetzt so vielfach als vorhanden bezeichnet wird, keineswegs vorhanden. Ich glaube, die Finanzlage, wie sie sich aus den Zahlen ergeben wird, Ihnen ganz offen dargelegt zu haben; ein Zweifel über die Richtigkeit der Ansätze und Aeußerungen, die

ich gethan habe, wird kaum obwalten können. Es ist nicht möglich gewesen, allen Anforderungen zu entsprechen, welche an die Finanzen des kommenden Jahres herangetreten sind und als sehr erwünscht hätten bezeichnet werden können. Besonders bedauere ich, daß eine mehrere Millionen in Anspruch nehmende Summe zur Verbesserung der Beamtengehalte, bezw. zur Gleichstellung der Gehaltsbezüge der Verwaltungs- und Justizbeamten nicht hat eingestellt werden können. Indessen ist im Großen und Ganzen allen sonst wirklich dringenden Bedürfnissen Rechnung getragen, und überhaupt sind Lücken im Fortschritt der Verwaltungsentwicklung, soweit es die Finanzverwaltung betrifft, nicht vorhanden.

Ich bin überzeugt, die eingetretene Wendung zum Besseren wird sich bewähren. Anzeichen von einer späteren Herabminderung der Erträge der Staats- und Finanzverwaltung liegen nicht vor. Wir rechnen sogar auf deren Besserung. In hohem Grade würde es dazu beitragen, allen Verhältnissen gerecht zu werden, wenn, was ja leider nicht in unserer Macht liegt herbeizuführen, günstigere Witterungsverhältnisse nach den schweren Elementarereignissen der letzten Jahre dem Lande in einer gesegneten Ernte reichlichere Mittel zu freudiger Arbeit und angestrengter, aber erfolgreicher Thätigkeit bieten möchten. — Die Resultate des **Eisenbahnankaufs** haben sich, soweit sie finanzieller Natur sind, bewährt, und Alles, was wir an volkswirthschaftlichen Vortheilen davon erwartet haben, ist in vollster Entwickelung begriffen. Dies ist um so erfreulicher, als die Einleitungen zu dieser Entwickelung ja noch nicht ein volles Jahr im Gange sind und man also fertige Verhältnisse noch unmöglich vor sich haben kann. Schwieriger als die Eisenbahnfrage gestaltet sich die Frage der **Steuerreform**, über welche ich jetzt nicht dasjenige sagen werde, was etwa von mir noch verlangt werden sollte. Es handelt sich um eine gesetzgeberische Thätigkeit von ganz ungewöhnlichen Dimensionen, um eine gesetzgeberische Thätigkeit, die in alle Lebens- und Verkehrsverhältnisse des Landes und der Einwohner eingreift (Sehr richtig!), und die auch in die eigentlichen Regierungsinteressen einschneidet. Die Steuerreform zerfällt in zwei große Hauptabtheilungen. Die eine behandelt die Reform der directen Steuern in Preußen, nämlich der Klassen-, Einkommen- und Gewerbesteuer. Die andere behandelt die Verwendung derjenigen Ueberschüsse aus der Reichskasse, welche in Folge von anderweitigen Steuererträgen aus dem Reiche an Preußen überwiesen werden sollen. Was die innere Reform in Preußen anlangt, so sind die Grundzüge derselben in einer sehr mühseligen Arbeit festgestellt. Bei der großen technischen und administrativen Wichtigkeit dieser Reformen, sowie bei der außerordentlichen Tragweite derselben für das Land und die Regierung ist es mir nicht, wie ich im vorigen Jahre versprechen zu können geglaubt habe, möglich gewesen, die bezüglichen Reformgesetze jetzt schon vorzulegen.

Ich habe es vielmehr für nothwendig gehalten, zunächst die Provinzialbehörden über die aufgestellten Entwürfe zu hören, und muß mich daher über diesen Theil der Steuerreform zur Zeit der Aeußerung enthalten (Hört! Hört!), da ich nicht in der Lage bin übersehen zu können, ob ich nicht bei dem in Aussicht genommenen Entwurf Aenderungen werde eintreten lassen müssen, und auch das Staatsministerium mit dieser Frage noch nicht beschäftigt ist; ich hoffe aber bestimmt, den Gesetzentwurf baldmöglichst dem Hause vorlegen zu können; es werden aber die umfangreichsten und schwierigsten Fragen sein, die an Sie herantreten, und ich möchte nicht gern ohne die allervollste Vorbereitung nach allen Seiten hin für das Land und für mich in diese Finanzfragen eintreten. Anders steht es mit dem Theil der Steuerreform, der die Ueberschüsse behandelt, die aus der Reichskasse an Preußen fließen sollen. Ueber die Ueberschüsse, die aus der Zollgesetzgebung vom Reiche an Preußen im vorigen Jahre abgeführt sind, ist, wie Sie wissen, disponirt. Diese scheiden bei der vorliegenden Betrachtung fast ganz aus. Die Staatsregierung ist der Ansicht, daß das Verwendungsgesetz vom 16. Juli in seiner vollen Geltung weiter bestehen bleibt. Die an Preußen aus diesen Ueberschüssen fallenden Mittel reichen aber nicht aus, um eine Steuerreform in dem Maßstabe möglich zu machen, wie die Regierung es wünschen muß, und die nicht nur eine weitere Entlastung der unteren Volksklasse herbeiführen soll, sondern auch eine Entlastung der Communalverbände ermöglichen soll. Die Regierung bleibt in der letzten Beziehung bei dem von mir im vorigen Jahre ausgesprochenen Grundsatze stehen, daß nur, wenn eine erhebliche Ueberweisung regelmäßig erfolgt, eine derartige Entlastung herbeizuführen ist, daß also die Communalverbände in den Stand gesetzt werden, mit voller Sicherheit ihren Haushalt regeln zu können, sonst könne man nicht in eine so weittragende Operation eintreten. Andererseits würde diese Frage eine lediglich theoretische sein, wenn Sie mir den Ausdruck gestatten — eine vollkommen müßige, wenn man der Regierung nicht bereite Mittel giebt, um die Steuerreform auszuführen; ohne sehr erhebliche Mittel könnte von einer Steuerreform überhaupt nicht die Rede sein. (Hört! hört! links. Sehr richtig! rechts.)

Nun könnte man ja verlangen, daß die Mittel aus den eigenen Mitteln Preußens genommen würden, dann können wir uns kein anderes Bild davon machen, als daß wir dem hohen Hause mit einer Menge von Steuergesetzen kämen, die das preußische Volk direkt belasten müßten. Die Regierung nimmt von diesem Wege vollständig Abstand und glaubt, daß die Mittel zur Steuerreform nur aus weiteren Ueberweisungen vom Reich genommen werden können. Wenn wir die Verhältnisse im Reichstage richtig beurtheilen, so wird man dort vor Erschließung neuer Steuerquellen nicht blos die Ueberzeugung haben wollen, daß dieselben an sich und in sich gerechtfertigt sind und von der Bevölkerung ohne Ueberlastung getragen werden können, sondern man wird auch verlangen, daß die Erträge nicht etwa zu Verwaltungszwecken des Reichs verwendet werden, sondern, daß sie nur zur Entlastung der Einwohner von direkten Steuern benutzt werden. In diesem Sinne habe ich zunächst, um eine gemeinschaftliche Basis für die Einzelregierungen zu finden, im Juli mit den Finanzministern aller deutschen Staaten mich dahin verständigt, daß die Ueberschüsse von gewissen neuen Reichssteuern, welche den Einzelstaaten zu gute kommen möchten, überall zur Entlastung von direkten Steuern verwendet werden sollen. Ich kann bei dieser Gelegenheit das entgegenkommende Verhalten der Herren, mit denen ich in Koburg zusammengekommen bin, nicht dankend genug anerkennen. Unsere Verständigungen haben zu vollständig übereinstimmenden Resolutionen geführt und es hat sich dabei gezeigt, daß die deutschen Regierungen nicht nur in den äußeren Verhältnissen sich einig zeigen, sondern auch in Bezug auf die Erleichterung der Volkslasten. Ein zweiter Schritt, der geschehen muß, ist der, daß für uns in Preußen schon jetzt ganz klar und bestimmt diejenigen Ziele bezeichnet und durch Gesetz festgestellt werden, welche in Bezug auf die Steuerreform erreicht werden sollen. Nach unserer Meinung soll dies so geschehen, daß Jeder, der die Summen kennt, die aus dem Reich an Preußen überwiesen werden möchten, bei einiger Kenntniß der Verhältnisse sich selbst ein Bild machen kann, in welcher Weise er oder der betreffende Communalkörper an den Ueberschüssen des Reichs zu participiren habe. (Zuruf links.) Ich habe nicht verstanden. (Zuruf: Kreuzzeitungsartikel.)

Man könnte hiergegen einwenden, daß ein derartiges Vorgehen der preußischen Regierung die Sache umkehre, daß vielmehr zunächst das Reich die Steuern zu votiren habe und man dann erst über die votirten Summen verfügen dürfe. Ein solches Verfahren würde aber nur dahin führen, die ganze Steuerreform geradezu unmöglich zu machen. Ob der Reichstag gewisse Steuern bewilligen wird oder nicht, können wir hier nicht übersehen; wohl aber wissen wir hier bestimmt, daß der Reichstag neue Steuern nicht bewilligen wird, wenn er nicht gewiß ist, daß die Erträge derselben zu Steuererleichterungen der Steuerzahler verwendet werden sollen. Sollten wir uns also nicht in einem verderblichen und unfruchtbaren Cirkel bewegen, so muß der Anfang mit diesen Fragen an **einer** Stelle gemacht werden, und die preußische Regierung ist der Meinung, daß dies nicht blos geschehen **könne**, sondern **müsse**. Man hat der Steuerreform vorgeworfen, sie beunruhige das Land, da dasselbe nicht wisse, wie weit die Regierung in Bezug auf die Steuervorlagen gehen wolle. Diese Anschauung ist nicht unberechtigt. So nothwendig die Steuern ja an sich sind, und so thöricht es ist, immer nur von Steuer-Erleichterungen, Erlassen und Abschaffungen zu sprechen, nicht aber von Steuerbewilligungen und vom Steuerzahlen, so hat doch die Landesvertretung das Recht, die Ziele der Regierung kennen zu lernen. Dies sind die Gründe, welche die Regierung veranlaßten, ihrerseits die Initiative zu ergreifen und in positiven Gesetzesvorlagen dem hohen Hause die entsprechenden Vorschläge zu machen. Diese Vorlage wird in 10 oder 11, spätestens in 14 Tagen dem Hause zugehen.

Es wird hierbei beabsichtigt, in diesem Gesetz für die Verwendung etwaiger Erträge von den neuen oder durch Erhöhung bestehender Steuern, unbeschadet der Fortdauer des Gesetzes vom 16. Juli d. J., Vorsorge dahin zu treffen, daß jene von dem Reich zu erwartenden Ueberschüsse gleichsam Zug um Zug zu einem Drittel auf die Personalsteuern und zu zwei Dritteln auf die Ueberweisung von Grund- und Gebäudesteuer an die Communen derart vertheilt werden sollen, daß, soweit sie nach dem zu berechnenden Verhältnisse reichen, die untersten 4 Klassensteuerstufen außer Erhebung gesetzt werden. Es wird ferner zu erwägen sein, inwieweit hierbei auch die übrigen Klassensteuerstufen berücksichtigt werden können. Es wird ferner zu erwägen sein, in wie weit bei Verwendung der übrigen Theile der Klassensteuerstufen eine Berücksichtigung bei der Steuerreform nöthig sein wird. Es soll ebenso an Grund- und Gebäudesteuer bis zur Hälfte des etatsmäßigen Betrages an die Kreise gezahlt werden und in der Provinz Hannover an die Amtsverbände und die größeren selbstständigen Städte. Die bezüglichen Summen würden sich — ihre völlige Ueberweisung an das Reich vorausgesetzt und im Verhältniß von einem Drittel der Personalsteuern zu zwei Dritteln der Realsteuern — dahin herausstellen, daß, nachdem an Klassensteuer nach dem Verwendungsgesetz vom 16. Juli d. J. vorweg drei Monate mit rund 10,500,000 M. in Abrechnung gebracht sein werden, demnächst die Auserhebungssetzung der untersten vier Stufen der Klassensteuer für die übrigen neun Monate mit 15 Mill. M. einzutreten haben werden (die übrigbleibenden Stufen betragen für 9 Monate etwa 16 Millionen). Es würden endlich an Grund- und Gebäudesteuer 33½ Mill. überwiesen werden, so daß der Gesammtbetrag aller dieser Ueberweisungen und Auserhebungssetzungen rund 64½ Mill. M. betragen würde.

Die Staatsregierung glaubt, daß, wenn es möglich sein sollte durch die Ueberschüsse des Reiches die Mittel zu dieser Steuerreform zu beschaffen, hierbei allen dringenden Bedürfnissen an Personal- wie an Realsteuern Abhilfe geschafft sein werde. Sie setzt dabei ferner voraus, daß bei der nothwendigen Ordnung und Sparsamkeit in den Gemeindehaushalten auch die Gemeinden sich wohl einrichten und ihren weitgehenden Aufgaben werden genügen können. Was die Klassensteuer angeht, so wird ihre gänzliche Abschaffung nicht für rathsam gehalten. Der Gesammtapparat der Steuer und ihrer Einschätzung soll für jetzt nicht aufgehoben werden und auch in den höheren Stufen wollen wir die Erhebung in unserer Hand behalten. Die vier unteren Stufen repräsentiren ein Staatseinkommen von 20 Mill. Mark. An sich ist diese Steuer nicht übermäßig drückend, drückend wird sie erst durch die Zuschläge seitens der Communen, die sich aus verschiedenen Quoten zusammensetzen. Hier muß Abhilfe geschaffen werden. (Sehr richtig!) Die Hebung der Steuer in den untersten Stufen macht namentlich in den Städten mit ihrer fluctuirenden Arbeiterbevölkerung große Schwierigkeit, namentlich geht in diesen Steuerstufen die Execution ihren traurigen Gang. Finanziell würde das Aufgeben einer Einnahmequelle, wenn sie ohne gleichmäßige und gleichzeitige Erstattung durch das Reich eintreten sollte, in der That schwer sein, volkswirthschaftlich ist der Steuererlaß nützlich. Das System der Klassensteuer soll keineswegs aufgegeben werden; es soll aber die Deckung von Seiten des Reiches einfach an die Stelle des etatsmäßigen Einnahmepostens treten. Durch Entlastung der Communen glaubt die Staatsregierung allen berechtigten Interessen Rechnung zu tragen, vorausgesetzt, daß das, was hier im Landtage beschlossen wird, im Reichstage seine Erwiederung findet; denn sonst würde die ganze Frage eine müssige sein. Wenn Sie mich nun fragen, in welcher Weise die Mittel zur Steuerreform geschaffen werden sollen, so könnte ich Sie einfach auf den Reichstag verweisen, ich bin aber in der Lage, Ihnen mitzutheilen, was die Regierung beabsichtigt.

Es ist die Absicht, daß die dem vorigen Reichstage vorgelegten Steuergesetze wiederholt werden: die Erhöhung der Brausteuer, die Wehrsteuer und die Börsen- und Banksteuer. Die Erträge dieser Steuern sollen mit Ausnahme der Hebungskosten den einzelnen Staaten überwiesen werden. Außer diesen Steuern ist eine Erhöhung der Branntweinsteuer in Aussicht genommen; beim Zusammentreten des Reichstages wird das Weitere mitgetheilt werden. Ich will noch weiter erklären, daß die Erhebungen darüber noch nicht abgeschlossen sind, ob eine weitere Erhöhung der Tabaksteuer in Antrag gebracht werden soll. (Hört!) Für meine Person stehe ich nicht an, meine Meinung dahin auszusprechen, daß der Tabak ohne Zweifel ein sehr steuerfähiges Object ist. (Heiterkeit links. Sehr richtig! rechts.) Wenn für Preußen zur Erreichung dieser Zwecke der Betrag von 64½ Millionen Mk. erforderlich sein wird, so werden im Reiche also circa 105—110 Millionen erforderlich sein; indessen es handelt sich hierbei um große Ziele und, soweit es abzusehen ist, werden diese mit den Mitteln, welche ich angegeben habe, nahezu vollständig erreicht werden, Die Regierung glaubt, wenn Sie das Gesetz vorgelegt haben wird, ihrerseits das Mögliche gethan zu haben, um die Erreichung des großen Zieles zu ermöglichen. Wenn den Communalverbänden und den einzelnen Einwohnern die Staates die Erleichterung zu Theil wird, die wir dabei im Auge haben, so glaubt die Regierung dem Vaterlande und seiner inneren Entwickelung die nützlichsten und besten Dienste geleistet zu haben. (Beifall rechts.) Ich habe hiernach die Ehre, außer dem Etat selbst den Entwurf des Gesetzes über die Deckung der 5 Millionen Defizit des Vorjahres und die Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres 1879—1880 Ihnen vorzulegen.

Damit schließt der Finanzminister seinen 1¼stündigen Vortrag.

Das Haus tritt in seine Tagesordnung ein.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfes, betreffend Abänderung des Gesetzes über die **Erweiterung der Staatseisenbahnen** und die Betheiligung des Staates bei mehreren Privateisenbahnunternehmungen vom 9. März 1880 (rechte Weichseluferbahn von Marienburg über Marienwerder und Graudenz nach Thorn, nebst Abzweigung nach Culm 1,130,000 Mark zu den bereits dafür bewilligten 9,250,000 M. zum Ankauf des zur Bahn erforderlichen Terrains).

Abg. **Berger**: Ich bestreite nicht das materielle Bedürfniß, sondern will nur Gelegenheit nehmen, das System der Eisenbahnunternehmungen von Staatswegen zu kennzeichnen. Der Gesetzentwurf selbst wird von keiner Seite des Hauses bekämpft werden. Das System der unentgeltlichen Hergabe von Grund und Boden perhorrescire ich. Wäre es richtig, so würde nicht eine solche schwankende Praxis darin sein, wie es seit Jahren der Fall ist. In dem einen Falle ist dieselbe vom Staate verlangt worden, im anderen nicht. Gründe sind mir für die eine oder andere Entscheidung nicht erfindlich gewesen. Verlangt wurde unentgeltliche Hergabe des Grund und Bodens von den Kreisen, wenn diese sich selbst an die Regierung mit der Bitte um Anlegung einer Eisenbahn wandten. Hatte aber der Staat selbst Ursache, eine Staatsbahn zu bauen, dann mußte von dem Verlangen der unentgeltlichen Hergabe Abstand genommen werden. Ich perhorrescire das System, weil nicht nach Qualität und Werth des Grund und Bodens, der hergegeben werden muß, gefragt wird, ebensowenig, ob der Nutzen im richtigen Verhältniß mit der Ausgabe steht. Diejenigen Kreise, welche von der Bahn durchschnitten werden, müssen den Grund und Boden hergeben, mögen sie leistungsfähig sein oder nicht. Diejenigen dagegen, welche in der glücklichen Situation sind, von der zu bauenden Bahn berührt werden zu müssen, verhalten sich gleichgiltig. Ich verwerfe das System ferner, weil es an Kreise Anforderungen erhebt, welche als leistungsfähig oder besonders leistungsfähig nicht angesehen werden können.

Es ist Thatsache, daß die Kreise, welche das Communicationsmittel der Eisenbahnen entbehren, ihre Kräfte wenig entwickelt haben, und da wird an solche Kreise die exorbitante Forderung gestellt, große Capitalien aufzubringen und dem Staate den Grund und Boden unentgeltlich zu verschaffen? Besser wäre es, die Forderung zu stellen, nachdem durch die angelegte Eisenbahn die Kreise leistungsfähiger geworden sind. Hier aber tritt das gerade Gegentheil ein. Es ist Zeit dieses System der beiden letzten Decennien zu verlassen und ein anderes Verfahren für die Contribuenten der betreffenden Kreise einzuführen. Ich will damit nicht etwa überhaupt das System bekämpfen, daß die Kreise bei der Herstellung von Bahnen beizutragen haben. Ich will nur einen anderen Modus. Wäre es nicht besser, statt dessen eine Abgabe zu legen auf das ankommende und abgesendete Gut, um den Staat für die Ausgaben zu entschädigen, welche ihm für die Beschaffung des Grund und Bodens erwachsen? Eine derartige Abgabe würde die treffen, welche den Vortheil von der Eisenbahnunternehmung in erster Linie haben. Der Gegenstand ist wichtig genug, um die Vorlage der Staatsregierung ernstlicher Berathung zu unterziehen.

Abg. **Wehr**: Indem ich der Regierung meinen Dank für die Vorlage ausspreche, nehme ich an, daß nicht die schlechte Ernte allein, sondern die Gründe, welche schon im vorigen Jahre angeführt sind, maßgebend gewesen sind. Wie der Herr Minister Maybach damals anführte, daß die Anlegung der Bahn nach Almerode eine Sühne wäre, so liegt auch in dem, was die Regierung für das Weichselgebiet thut, ebenfalls eine solche. Ich sehe darin nur die Erfüllung einer gerechten Forderung der Provinz Westpreußen. Trotzdem die Provinz schwer heimgesucht worden ist, sind wir nicht mit Bitten an den Staat gekommen. Westpreußen ist eine der Provinzen, die aus eigener Kraft das geworden ist, was sie ist. Wir verlangen von der Regierung nur, daß sie das, was seit Jahren in Aussicht genommen ist, beschleunigt. Die Provinz hat drei Millionen für Chausseebauten bewilligt, aber sie können nicht in Angriff genommen werden, weil diese Bahn und andere in Aussicht gestellt sind, aber noch nicht begonnen sind. Was die Regierung thut, geschieht nicht des Nothstandes wegen, sondern lediglich als Erfüllung berechtigter Ansprüche der Provinz Westpreußen. Die Bahn figurirt in den Acten des Hauses seit 20 Jahren, das ist also keine Nothstandsvorlage, wobei ich ausdrücklich Verwahrung dagegen einlege, daß in der Provinz Westpreußen ein eigentlicher Nothstand vorhanden ist. Im Uebrigen stimme ich mit dem Vorredner überein.

Minister **Maybach**: Schon im vorigen Winter, als die Regierung ihre frühere Eisenbahnvorlage brachte, zeigte sich im Hause vielfach die Neigung, der Provinz Westpreußen auch in Bezug auf den Erwerb von Grund und Boden eine Beihilfe zu gewähren. Die Regierung wollte damals von den allgemeinen Prinzipien ihres Entwurfs nicht abweichen und würde auch heute noch an dieser Ueberzeugung festhalten, da sie keineswegs die Ansicht des Vorredners theilt, daß wir der Provinz Westpreußen gegenüber zu einer Sühne Veranlassung hätten. Aber wir haben den Wünschen der Bundesgenossen, welche den Wünschen der Interessenten sich in den Elementen zugesellt haben, leider Gottes Rechnung tragen müssen. Bei der mangelnden Neigung zur Hergabe des Grund und Bodens würden wir jetzt nicht in der Lage gewesen sein, den Bau der Bahn alsbald in Angriff zu nehmen. Inzwischen ist durch Mißwachs und Ueberschwemmung in jenen Gegenden — wenn auch kein Nothstand, so doch eine starke Bedrängniß der Bevölkerung herbeigeführt worden, welche die Provinzialbehörden zu der dringenden, von allen Kreisen unterstützten Bitte veranlaßt hat, recht bald die Bahn in Angriff zu nehmen. Es würde dadurch eine willkommene Arbeitsgelegenheit gewährt werden, und gerade hier gilt das bis dat, qui cito dat! Ich freue mich deshalb auch, daß die beiden ersten Berathungen der Vorlage heute gleichzeitig auf die Tagesordnung gesetzt worden sind. Daß die Summe von 1,130,000 Mark für die Beschaffung des Grund und Bodens genügen wird, glaubt die Regierung mit Bestimmtheit erwarten zu dürfen.

Eine Erhöhung der Summe würde heute nur neue Verhandlungen und damit neue Weitläufigkeiten veranlassen. Die Bemerkung, daß auch andere Bahnen, wie die an der Mosel, eine gleiche Begünstigung beanspruchen könnten, ist nicht gerechtfertigt, da wir bei diesen schon einen Zuschuß von 8000 Mark pro Kilometer für die Erwerbskosten des Grund und Bodens bewilligt haben. Auch hege ich die berechtigte Erwartung, daß man mit diesen Mitteln ausreichen wird. Auf die Frage, ob es überhaupt berechtigt ist, für Eisenbahnen die unentgeltliche Hergabe des Terrains zu fordern, möchte ich heute nicht eingehen; die Regierung wird je nach der Stärke der Interessen und der Leistungsfähigkeit der Kreise ihre Beihilfe gewähren resp. die Hergabe des Bodens unentgeltlich verlangen. Die Regierung ist nicht ohne Widerstreben an die Vorlage gegangen; nur in der Erkenntniß, daß dadurch den nothleidenden Klassen der Bevölkerung eine rasche Unterstützung gewährt wird, und daß diese Unterstützung nöthig ist, hat sie sich zu der Vorlage entschlossen, und in diesem Sinne bitte ich um deren Annahme. (Beifall.)

Abg. **Steinbusch**: Die Sorgfalt, welche der Weichselstädtebahn zugewendet werde, müsse auch anderen Gebieten zu Theil werden, namentlich gäbe es Kreise in dem westlichen Theile des Landes, besonders im Oberwesterwald, welche in nicht minder trauriger Lage seien, und diese empfehle er der Berücksichtigung der Regierung. Für die Vorlage zu stimmen sei er nicht abgeneigt.

Abg. **Hammacher**: Es ist nicht ganz unbedenklich, der Vorlage die Zustimmung ohne Weiteres zu geben. Ich halte mich für verpflichtet, das Haus zu warnen, gleich in die zweite Berathung einzutreten. Ich beantrage, die Vorlage an die Budgetcommission zu verweisen zur schleunigen Berathung und Berichterstattung. Niemals hat das Haus der Abgeordneten eine Eisenbahnvorlage von der Bedeutung, wie die vorliegende, ohne vorgängige Commissionsberathung berathen. In der Beschleunigung der Entscheidung liegt kein Grund vor, davon abzugehen. Die Ueberweisung geschieht keineswegs, um eine Verschleppung der Vorlage herbeizuführen, sondern weil dieselbe ernster Prüfung bedarf. Zunächst ist zu constatiren, daß wir es mit einem Ausnahmezustande zu thun haben und nur dieser uns veranlaßt, der Vorlage zuzustimmen. Würden wir die Vorlage so leicht annehmen, so würden wir einer wahren Sündfluth von Anträgen und Petitionen aus anderen Theilen des Landes, wo ein solcher Nothstand vorliegt, entgegensehen und wir würden bei diesen nicht im Stande sein, „nein“ zu sagen. Ferner ist principiell nichts verhängnißvoller für den weiteren Verlauf unserer parlamentarischen Verhandlung, als wenn wir eine Prüfung der Ausführungen der bei der Bahn interessirten Theile bei Seite lassen. Die Erhebung des Wunsches eines Baues einer Eisenbahn ist sehr leicht. Welche Möglichkeit aber haben wir, uns von der Richtigkeit der diesem Wunsche zu Grunde liegenden Thatsachen zu überzeugen, als die Probe, ob die Interessenten bereit sind, den Geldbeutel aufzuthun. Hüten Sie sich, leichtfertig diese Fragen zu behandeln. Der Abg. Berger hat das Verlangen der unentgeltlichen Hergabe des Grund und Bodens ungerechtfertigt gefunden und meinte, man könnte einen Zuschlag beim Tarif erheben. Dadurch werden aber Belästigungen im Verkehr herbeigeführt, an welche man in dem Augenblicke, wo man auf die Bahn dringt, nicht denkt, deren Abschaffung man aber später verlangt. Ich erinnere Sie an die Eisenbahn von Memel nach Tilsit, welche aus politischem Wohlwollen entstanden ist. Der Minister hatte den Zuschlag gefordert, welcher auch genehmigt wurde. Bald aber verlangten die Vertreter des Kreises dessen Abschaffung, was denn auch geschah. Es kommt die bekannte Thatsache hinzu, daß, wenn ein Dritter, z. B. der Staat, die Abtretung von Grund und Boden verlangt, er mehr bezahlen muß bei dessen Erwerb, als wenn es im Interesse der nächsten Nachbarn der Abtretenden geschieht. Die Eingesessenen bekommen den Grund und Boden stets billiger als der Staat. Deshalb ist es stets vortheilhafter, wenn die Erwerbung für Rechnung der Interessenten erfolgt. Ich habe auf diese Momente hingewiesen, um zu zeigen, daß die Erörterung im Einzelnen an anderer Stelle vorzunehmen ist und deshalb bitte ich, die Vorlage an die Commission zu verweisen, damit auch kein Präcedenzfall geschaffen werde.

Abg. **Bachem**: Ich schließe mich dem Antrage auf Verweisung der Vorlage an die Budgetcommission an, aber nicht durchweg der Begründung desselben durch den Vorredner. Ein sogenanntes Princip in dieser Frage läßt sich gar nicht aufstellen, sondern man muß die Sache in concreto prüfen und überall da, wo ein einzelner Kreis sich nicht selbst helfen kann, die Gesammtheit eintreten lassen. Das trifft ohne Frage bei der Weichselbahn zu und deshalb versage ich ihr meine Zustimmung nicht. Es trifft aber auch in noch erhöhtem Maße zu bei den Landestheilen, aus denen insbesondere mein College Steinbusch gesprochen hat, und ich bin erstaunt, daß auf seine Bemerkung Seitens der Staatsregierung keine irgendwie entgegenkommende Aeußerung erfolgt ist. Der Herr Minister hat die, wie ich glaube, berechtigten Ansprüche bezüglich der Moselbahn zurückgewiesen und sie nicht für zutreffend erachtet. Es wird ihm aber wohl schwer werden, irgend etwas Stichhaltiges gegen die Ansprüche des Abg. Steinbusch vorzubringen, denn die Verhältnisse im Westerwald und im Kreise Schleiden liegen doch ungleich trübseliger und zwar dauernd trübseliger als in dem ziemlich wohlhabenden Kreise, um den es sich jetzt handelt. Der Anspruch auf Erleichterung, wie er von den Interessenten an der Mosel erhoben ist und noch erhoben wird, ist ein durchaus berechtigter, und wir dürften erwarten, daß die Staatsregierung an der Mosel für Recht erachte, was sie an der Weichsel für billig erachtet. Dazu kommt, was ich hier betonen muß, daß die westlichen Provinzen überhaupt bei allen Bewilligungen immer der gebende Theil, die östlichen Provinzen dagegen in ganz hervorragendem Maße der nehmende Theil sind. (Oh! Oh! rechts.)

Diese Thatsache ist nicht zu bestreiten. Zu allen öffentlichen Bauten, sie mögen heißen wie sie wollen, hat der Westen in ganz anderer Weise beigetragen wie der Osten. Besonders die Berliner Bewilligungen spielen dabei eine Rolle, die reicheren Landestheile müssen auch für die ärmeren eintreten. Ich habe dies nur hervorgehoben, weil man dem Ober-Westerwald keine Berücksichtigung hat zu Theil werden lassen, und weil man in letzter Zeit ein so gewaltiges Geschrei erhoben hat, wegen der paar Millionen aus Staatsmitteln, die man für ein hervorragendes Bauwerk der westlichen Provinzen ausgegeben hat. Dieses Mißverhältniß bei den Bewilligungen aus Staatsmitteln zwischen Westen und Osten werden wir nächstens etwas schärfer ins Auge fassen. Dadurch wird die Behandlung, welche die Bevölkerung der westlichen Provinzen noch vor einigen Tagen in der Person der großen Mehrzahl ihrer Vertreter in diesem Hause erfahren hat (Unruhe), in bengalischer Beleuchtung erscheinen. Im Punkt der Sühne ist für den Westen ganz Außerordentliches zu leisten. (Sehr wahr! im Centrum.) Die arme Eifel hat sich beispielsweise lange Jahre vergeblich bemüht, daß man ihr nur einige Wege baue, die sie sich nicht selbst zu bauen im Stande ist. Die ausgleichende Gerechtigkeit erfordert es, daß man dem Westen, der zu den Staatslasten in gleicher Weise beiträgt wie der Osten, da unter die Arme greife, wo er allein zu wirken außer Stande ist. (Beifall im Centrum.)

Abg. **Rickert**: Der Abg. Bachem, wie ich ihn verstanden habe, glaubt nach der Behandlung, welche ein großer Theil der Vertreter des Westens vor wenigen Tagen in diesem Hause erfahren, müsse er mit seinen Freunden sich diese, die Weichselstädtebahn betreffende Vorlage etwas näher ansehen und zwischen dem Osten und Westen Abrechnung halten. (Widerspruch im Centrum.) Herr Bachem stellt sich gerade so, als ob der Westen den Osten unterhalte. (Abg. **Bachem**: Es ist mir nicht eingefallen!) Wir gehen einen abschüssigen Weg, wenn eine solche Denkungsweise im Hause Platz greifen sollte. Wir sind Vertreter des ganzen Landes und sollten derartige Abrechnungen nicht machen; wir haben sie auch niemals gemacht. (Abg. Löwe-Bochum: Oho!) Ja freilich, der Abg. Löwe hat sich bemüht, der Noth der Eisendistricte durch Zölle abzuhelfen, die den Osten treffen. (Unruhe.) Der Osten hat jahrzehntelang auf Chausseebauten warten müssen, die der Westen auf Staatskosten erhalten hatte. Wenn ich mich nicht irre, ist einmal im „Staatsanzeiger“ ziffermäßig der Beweis dafür geliefert. Dem Antrage, die Sache der Budgetcommission zu überweisen, will ich nicht widersprechen; ich hoffe, das Resultat der Berathung wird die

Bewilligung sein. Ich möchte die Commission bitten, die Angelegenheit zu beschleunigen.

Nachdem Abg. Franssen der Auffassung der Abgg. Steinbusch und Bachem seine Zustimmung ertheilt hat, bemerkt Abg. v. Minnigerode: Wir erkennen im Gegensatz zum Abg. Wehr, daß ungewöhnliche Verhältnisse vorliegen, welche uns bestimmen, ungewöhnliche Maßregeln zu adoptiren. Aber principiell verlangen wir Gewährung von Grund und Boden unentgeltlich von den Kreisen beim Bau von Secundärbahnen. Ich schließe mich der Ueberweisung der Vorlage an eine Commission an.

Minister Maybach bemerkt noch einer Aeußerung des Abg. Hammacher gegenüber, daß alle Einleitungen bereits getroffen seien, den Bau der Bahn sofort in Angriff zu nehmen, sobald die Vorlage die Genehmigung des Landtages gefunden habe. Es würde in diesem Falle der Bevölkerung sofort Gelegenheit zur Arbeit geboten werden können. Sollte also das Haus sich für eine commissarische Berathung entscheiden, gegen die er nichts einzuwenden habe, so bitte er nur um möglichste Beschleunigung derselben.

Darauf wird die Vorlage der Budgetcommission überwiesen.

Schluß 2 Uhr. Nächste Sitzung: Donnerstag 11 Uhr. (Interpellation Münzer wegen des Nothstandes in Oberschlesien, erste Berathung des Zuiständigkeits-Gesetzes und der Novellen zur Kreis- und Provinzial-Ordnung.)

Berlin, 2. November. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Polizei-Präsidenten von König zu Köln den Königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Steuerempfänger, Rechnungsrath Fahrenkamp zu Minden und dem Postmeister Calgan zu Dülken im Kreise Kempen den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; den Schullehrern Fick zu Hohen-Reinkendorf im Kreise Randow, Bürkle zu Sigmaringen und Weber zu St. Barbara im Stadtkreise Trier den Adler der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; den Schullehrern Kenneweg zu Mahnsfeld im Landkreise Königsberg, Bäbelich zu Krugsdorf im Kreise Ueckermünde, Labs zu Wittenfelde im Kreise Greifenberg, Conrad zu Nordenstadt im Mainkreise, Schoßler zu Borg im Kreise Saarburg, Neyses zu Ayl desselben Kreises, Krämer zu Riol im Landkreise Trier und Weber zu Naurath desselben Kreises, ferner dem Förster Woite zu Sellenwalde im Kreise Ruppin und dem Schleusenmeister Linde zu Hammerfort im Kreise Lebus das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Graveur Richard Müncheberg zu Brandenburg a. H. die Rettungs-Medaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der König hat dem Hauptmann von Bülow, persönlichen Adjutanten Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm von Preußen, die Erlaubniß zur Anlegung des ihm verliehenen Commandeurkreuzes mit Schwertern des Fürstlich rumänischen Ordens „Stern von Rumänien" ertheilt.

Se. Majestät der König hat den Rittergutsbesitzer August Johann Friedrich Witt auf Neetzow im Kreise Anclam unter dem Namen „von Kruse" in den Adelstand erhoben.

Se. Majestät der König hat dem Geheimen Canzlei-Secretär Katschow im Justizministerium bei seinem Uebertritt in den Ruhestand den Charakter als Canzleirath verliehen.

Dem Oberlehrer Dr. Hellmuth Dondorff am Joachimsthal'schen Gymnasium in Berlin ist das Prädikat „Professor" beigelegt worden. — Der practische Arzt rc. Dr. med. Mager ist unter Belassung seines Wohnsitzes in Schwiebus zum Kreiswundarzt des Kreises Züllichau ernannt worden.

Berlin, 2. Novbr. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfing heute Morgen um 9 Uhr den Obersten Poten, à la suite des 1. Schlesischen Husaren-Regiments Nr. 4, welcher Sr. Majestät das Ableben des Generals der Cavallerie z. D. Baron von Rheinbaben meldete. Sodann hatte der Polizei-Präsident von Madai Vortrag. Um 11 Uhr fanden militärische Meldungen in Gegenwart Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen August von Würtemberg, commandirenden General des Gardecorps, des Gouverneurs Generals der Infanterie von Fransecky und des Commandanten General-Majors Freiherrn von Meerscheidt-Hüllessem statt. Hierauf arbeitete Seine Majestät mit dem Chef der Admiralität, Staatsminister von Stosch, und dem Chef des Militärcabinets, Generaladjutanten von Albedyll. (R.-Anz.)

—ch. **Von der sächsischen Grenze**, 1. Novbr. [Frequenz der Universität Leipzig. — Staatsschuldenkassendefect. — Ungarn und die Civilisation. — Die Tonne als Gewichtseinheit im Kohlenhandel.] Bei dem gestrigen Rectoratswechsel in Leipzig verkündete der abtretende Rector Magnificus Prof. Dr. Lange, daß die Frequenz der Hochschule 3231 beträgt. Von den neu inscribirten 847 Studenten waren nur 111 Sachsen. Prof. Dr. Lange allein hatte im laufenden Universitäts-Jahre (1. Novbr. 1879 bis 31. Octbr. 1880) 2016 Studirende in die Zahl der akademischen Bürger aufgenommen. Sein Nachfolger im Rectorat ist Dr. Luthardt, der seine Inauguralrede über die sittliche Würdigung des Berufs hielt. — Der durch den Cassirer Schönfeld der Staatsschuldenkasse zugefügte Schaden von 88,000 Mark wird im Laufe der Zeit vollständig gedeckt werden, da dem Pflegesohn Schönfelds, des Kaufmann Nitzsche, dem zu Liebe Schönfeld die Summe unterschlagen hat, von seinem Vater ein unveräußerliches Fideicommiß vermacht ist, dessen Jahreszinsen etwa 10,000 Mark betragen. 23,000 Mark sind bei dem Pflegesohne Schönfelds noch vorgefunden, es handelt sich also noch um 65,000 Mark. — Es ist bereits in Wiener Blättern darauf hingewiesen, daß der Deutschenhaß, wie er jetzt in Ungarn zu Tage tritt, einen ungünstigen Einfluß auf die sonst so angenehme Stellung der in Leipzig studirenden Ungarn ausübt. Jetzt giebt auch eine Bemerkung des in Leipzig erscheinenden Magazins für die Literatur des Auslandes davon Zeugniß, daß man in Leipzig, das jederzeit ein warmes Interesse für Ungarn bewiesen hat, nicht gleichgiltig den Ausbrüchen des Deutschenhasses im Magyarenlande zusieht. Auf die Zusendung eines Pester Schriftstellers, welcher die neuesten Producte der ungarischen Literatur besprach, bemerkt die Redaction des genannten Blattes: „Durch Schließung des deutschen Theaters hat Ungarn bewiesen, daß es nicht zu den civilisirten Ländern gehört. Durch diese Thatsache hat es sich auch literarisch „hors de la loi" gestellt und das Magazin kann daher nur in den seltensten Fällen über Ungarn berichten." — Die Einführung der Tonne als Gewichtseinheit für den Kohlentransport seitens des Bundesrathes hat zur Folge, daß auch die Kohlenproducenten in Sachsen die Bezeichnung für den Kohlenhandel angenommen haben und eine Doppellowry mit 10 Tonnen, eine einfache Lowry mit 5 Tonnen in Rechnung stellen. Die Direction der Mariengrube hat ihre Abnehmer bereits davon benachrichtigt und zugleich mitgetheilt, daß sie den Inhalt einer Doppellowry nach wie vor mit mindestens 135 Hectoliter garantirt. Bisher wurden im Zwickauer Reviere die einfachen Wagenladungen auch als 5000 Kilogramm haltend angenommen, da die Bahnen jede volle Ladung, ohne Rücksicht auf das Gewicht, mit 100 Ctr. berechneten. An ein Wiegen der einzelnen Wagen ist auch für die Zukunft nicht zu denken, da beispielsweise allein in Zwickau die tägliche Versendung 6500 Tonnen beträgt, indeß kommen die Kohlenconsumenten dadurch in Vortheil, daß sie schon bei zwei Wagen die Vergünstigung der Differentialfracht erlangen.

Handel, Industrie rc.

Berlin, 2. November. [Börse.] Die Börse konnte sich auch heute nicht von der Schlaffheit befreien, unter welcher der Verkehr seit mehreren Tagen schon zu leiden hatte. Es fehlte jede Anregung von außen, die Speculation sah sich daher wieder auf sich selbst angewiesen und blieb in der abwartenden Haltung, die einen regeren Verkehr nicht aufkommen läßt. Die matte Tendenz, welche von der Wiener Frühbörse gemeldet wurde, wollte man nicht adoptiren, und da zu einer steigenden Bewegung Veranlassung nicht vorlag, übertrug man die gestrigen Schlußnotirungen auf das heutige sehr beschränkte Geschäft. Wir wüßten nicht ein einziges Papier hervorzuheben, welches mit einer bemerkenswerthen Veränderung gegen letzten Preis in den Handel getreten wäre, die einzige Ausnahme bildete vielleicht Laurahütte, welche, durch die oberschlesischen Berichte gedrückt, um ½—¾ pCt. niedriger eingesetzt wurde und die Aufmerksamkeit der Speculation in erster Linie auf sich zog. Das Angebot trat hier zeitweise recht dringend auf, und da dasselbe zum Theil von ersten Häusern ausging, waren Käufer um so zurückhaltender. Banken waren ganz unbelebt, Disconto-Commandit etwas niedriger, die übrigen unverändert. Auf dem Eisenbahnmarkte traten nur Bergische und Mainzer in einigen Verkehr, erstere zu behauptetem, letztere zu etwas ermäßigtem Course, die schlesischen Bahnen blieben total vernachlässigt. Ziemlich fest waren russische Werthe; die Veränderungen, welche in der Finanzleitung des russischen Reiches bevorstehen, fanden eine recht günstige Beurtheilung. Dagegen lagen Russische Noten anfangs schwach, dieselben erholten sich aber später. Auf dem Rentenmarkte herrschte gar kein Leben, die Course waren etwa ¼ % niedriger und unbeweglich. Der zur Publication gelangte Ausweis der Reichsbank blieb ohne Beachtung, da die eingetretene Verschlechterung der Banksituation als eine Folge der durch den Ultimo gestellten Bedürfnisse betrachtet wurde. Das Geschäft blieb auch im weiteren Verlaufe ein engbegrenztes und die Stimmung lustlos, die rückgängige Bewegung des Montanmarktes ließ eine Aufbessung nicht aufkommen. Dortmunder folgten ihrem Schwesterpapier und gaben ebenfalls 1 pCt. ab. Ung. Goldrente wurde durch Pariser Verkäufe gedrückt, Schluß ruhig bei etwas gebesserten Coursen. Russen beliebt, besonders 1880er Anleihe.

Course um 2¼ Uhr: Fest. Credit 485,50, Lombarden 146,50, Franz. 476,50, Reichsbank 146,25, Disconto-Commandit 175,50, Handels-Gesellschaft —,—, Laurahütte 114,50, Türken 10,50, Italiener 86,37, Oesterreichische Goldrente 74,87, Ungarische Goldrente 92,25, Dortmunder Union 80,25, Oesterreichische Silberrente 62,75, do. Papierrente 61,75, 5proc. Russen 91,50, Köln-Mindener 147,40, Rheinische 158,80, Bergische 116,75, Rumänische Rente 89,75, Russische Noten 203,75, II. Orient-Anleihe 57,25, do. III. 57,50.

Coupons. (Course nur für Posten.) Oesterr. Silberr.-Coup. 172,25 bez., do. Eisenbahn-Coupon 172,25 bez., do. Papier in Wien zahlbar min. 40 Pf. k. Wien, Amerik. Gold-Doll.-Bonds 4,18 bez., do. Eisenbahn-Prior. 4,18 bez., do. Papier-Doll. 4,18 bez., 6% New-York-City 4,18 bez., Russ. Central-Boden min. — Pf. Paris, do. Papier u. verl. min. 75 Pf. k. Pet., Poln. Papier u. verl. min. 75 Pf. Warschau, Russ. Zoll 20,43 bez., 1822er Russen —,—, Große Russ. Staatsbahn —,— bez., Russ. Boden-Credit —,— bez., Warschau-Wiener Comm. — bez., Warschau-Terespol —,— bez., 3% und 5% Lombarden min. — Pf. Paris, Diverse in Paris zahlbar min. — Pf. Paris, Holländische min. — Pf. Amsterdam, Schweizer min. Pf. Paris, Belgische min. — Pf. Brüssel, Berl. Lstr. Obligat. 20,315 bez.

Telegraphische Course und Börsen-Nachrichten.

(W. T. B.) **Paris**, 2. Nov., Abends. [Boulevard.] 3% Rente —,—. Neueste Anleihe 1872 119, 57. Türken 10, 37. Neue Egyptier —,—. Banque ottomane —,—. Italiener 87, 65. Chemins —,—. Oesterr. Goldrente —,—. Ungar. Goldrente 93, 81. Spanier exter. — —, inter. —,—. Staatsbahn —,—. Lombarden —,—. 1877er Russen —,—. Türkenloose —,—. Türken 1873 —,—. Amortisirbare —,—. Orient-Anleihe —. Pariser Bank —. Ruhig.

Frankfurt a. M., 2. Nov., Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schluß-Course.] Londoner Wechsel 20, 372. Pariser Wechsel 80, 42. Wiener Wechsel 172, 60. Köln-Mindener Stamm-Actien 147. Rheinische Stammactien 158⅜. Hessische Ludwigsbahn 96⅞. Köln-Mind. Prämien-Anth. 130⅜. Reichsanleihe 100⅜. Reichsbank 146⅛. Darmstädter Bank 150⅝. Meininger Bank 94½. Oesterr.-Ungarische Bank 703, —. Creditactien*) 240¼. Silberrente 62¾. Papierrente 61¾. Goldrente 75. Ungarische Goldrente 92⅜. 1860er Loose 122¼. 1864er Loose 311, —. Ungarische Staatsloose 211, —. Ungar. Ostbahn-Obligat. II. 84¼. Böhmische Westbahn 200¾. Elisabethbahn 166. Nordwestbahn 151⅜. Galizier 232¾. Franzosen*) 237. Lombarden*) 73¼. Italiener 86 —. 1877er Russen 91¼. II. Orientanleihe 57⅛. Central-Pacific 110⅜. Lothringer Eisenwerke 65. 1880er Russen 70¼. Discont — pCt. Still.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 241. Franzosen 237. Galizier — —. Lombarden —,—. Ungar. Goldrente — —. 1877er Russen —,—. II. Orientanleihe —, III. Orientanleihe —.

*) per medio resp. per ultimo.

Hamburg, 2. Nov., Nachmittags. [Schluß-Course.] Preuß. 4proc. Consols 100⅜, Hamburger St.-Pr.-A. 124¼, Silberrente 62½, Oest. Goldrente 74⅝, Ung. Goldrente 92½, Credit-Actien 241¼, 1860er Loose 122, Franzosen 593, Lombarden 181, Italien. Rente 86½, 1877er Russen 91, II. Orient-Anl. 55⅜, Vereinsbank 120¼, Laurahütte 114, Nordd. 165⅜, Commerzbank 120¼, Anglo-deutsche 74¾, 5% Amerikanische 94½, Rhein. Eisenbahn 158⅜, do. junge 152, Berg.-Märk. do. 117, Berlin-Hamburg do. 231, Altona-Kiel. do. 157½. Disconto 3¾ %. Fest.

Silber in Barren per Kilogr. 152, 85 Br., 152, 35 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 29 Br., 20, 23 Gd., London kurz 20, 39 Br., 20, 31 Gd., Amsterdam 167, 10 Br., 166, 50 Gd., Wien 171, 25 Br., 169, 25 Gd., Paris 79, 90 Br., 79, 50 Gd., Petersburger Wechsel 202, 50 Br., 198, 50 Gd.

Hamburg, 2. Nov., Nachmitt. [Getreidemarkt.] Weizen loco ruhig, auf Termine fest. Roggen loco fest, auf Termine besser. Weizen per November 204 Br., 203 Gd., pr. April-Mai 212 Br., 210 Gd. Roggen pr. November 204 Br., 203 Gd., pr. April-Mai 196 Br., 194 Gd. Hafer still. Gerste ruhig. Rüböl matt, loco 56, pr. Mai 57½. Spiritus fest, per November 51½ Br., per December-Januar 50¾ Br., per Januar-Februar 50¼ Br., per April-Mai 50 Br. Kaffee stetig, Umsatz 2000 Sack. Petroleum fest, Standard white loco 10, 80 Br., 10, 70 Gd., pr. November 10, 70 Gd., pr. December 10, 80 Gd. — Wetter: Schön.

Liverpool, 2. Novbr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 8000 Ballen. Fest. Tagesimport 22,000 Ballen, davon 19,000 Ballen amerikanische, 3000 Ballen Pernam.

Liverpool, 2. Novbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 8000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. Fest. Middl. amerikanische November-Lieferung $6\frac{7}{16}$ März-Lieferung $6\frac{13}{32}$ D.

Liverpool, 2. Novbr., Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Amerikaner über $\frac{1}{16}$, good ordinay $\frac{1}{16}$ D. billiger.

Manchester, 2. Novbr., Nachm. 12r Water Armitage 7½, 12r Water Taylor 8½, 20r Water Micholls 9, 30r Water Gidlow 9⅜, 30er Water Clayton 10¼, 40r Mule Mayoll 10½, 40r Medio Wilkinson 11½, 36r Warpcops Qualität Rowland 10½, 40r Double Weston 11, 60r Double Weston 13¾, Printers $\frac{16}{16}$ $\frac{34}{50}$ 8½pfd. 96. Ruhig.

Petersburg, 2. Nov., Nachmittags 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 M. $24\frac{3}{16}$, do. Hamburg 3 M. 206, do. Amsterdam 3 M. 122⅝, do. Paris 3 Mon. 257, Russische Prämien-Anleihe de 1864 (gest.) 217¼, do. de 1866 (gest.) 212¾, Russ. Anl. de 1873 138, Russ. Anl. de 1877 143½, ½-Imperials 8, 17, Große Russ. Eisenbahnen —,—, Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 127½, II. Orient-Anleihe 90⅝, III. Orient-Anleihe 90⅝, Privatdiscont 6%.

Petersburg, 2. Nov., Nachmittags 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 54, 00, per August 58, 00. Weizen loco 18, 00. Roggen loco 15, 75. Hafer loco 5, 75. Hanf loco 32, 00. Leinsaat (9 Pud) loco 17, 75. — Wetter: Frost.

Königsberg, 2. Novbr., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen fest. Roggen fest, loco 117/118pfd. 2000 Pfund Zollgewicht 195, 00, per November 190, 00, per Frühjahr 188, 50. Gerste ermattend. Hafer fest, loco pr. 2000 Pfund Zollgewicht 146, 00, per Frühjahr 140, 00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfund Zollgewicht 182, 25. Spiritus per 100 Liter 100 Procent loco 58, 50, per Novbr. 59, 00, per Frühjahr 60, 50. — Wetter: Schnee.

Danzig, 2. Nov., Nachmittags 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen loco behauptet. Umsatz 140 Tonnen. Bunt und hellfarbig, mehr oder weniger ausgewachsen 170, 00 bis 178, 00, hellbunt 185, 00 bis 196, 00, hochbunt und glasig 200, 00 bis 205, 00, per Nov. Transit 198, 00 bis 199, 00, per April-Mai Transit 202, 00. — Roggen fest, loco inländischer pr. 120 Pfund 195, 00 bis 196, 00, polnischer oder russischer pr. 120 Pfund Transit —,—, unterpolnischer per April-Mai Transit 190, 00, inländischer per April-Mai 200, 00. — Kleine Gerste loco 128, 00. Große Gerste loco —,—. Hafer loco 142, 00. — Erbsen loco —,—. — Spiritus pr. 10,000 Liter-pCt. loco 57, 00.

Pest, 2. Novbr., Vorm. 11 Uhr. [Productenmarkt.] Weizen loco fest, auf Termine ruhig, pr. Frühjahr 12, 25 Gd., 12, 27 Br. — Hafer per Frühjahr 6, 40 bez. Mais per Mai-Juni 6, 17 Gd., 6, 20 Br.

Paris, 2. Novbr., Nachmittags. [Productenmarkt.] (Schlußbericht. Weizen fest, per November 27, 90, pr. December 27, 80, pr. Januar-April 27, 60, per März-Juni 27, 60. Roggen fest, per Novbr. 23, 25, per März-Juni 22, 75. Mehl fest, per November 58, 75, per December 58, 25, per Januar-April 58, 00, per März-Juni 57, 50. Rüböl ruhig, per November 73, 25, per Decbr. 74, 00, per Januar-April 75, 50, per Mai-August —. Spiritus ruhig, per Novbr. 62, 50, per December 62, 25, per Januar-April 61, 00, per Mai-August 60, 50. — Wetter: Schön.

Paris, 2. November, Nachmittags. Rohzucker 88° fest, loco 53, 50. Weißer Zucker fest, Nr. 3 per 100 Kgr. per Novbr. 60, 50, per December 60, 75, pr. per Jan.-April 61, 75.

London, 2. Novbr., Nachm. Havannazucker Nr. 12 24. Fest.

Amsterdam, 2. Novbr., Nachm. Bancazinn 54½.

Antwerpen, 2. November. Nachm. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen behauptet. Roggen fest. Hafer gefragt. Gerste unverändert.

Antwerpen, 2. Nov., Nachm. 4 Uhr 30 Minuten. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 27½ bezahlt u. Br., per December 27⅝ bez., 27¾ Br., per Jan.-März 26 bezahlt, 26½ Br. — Steigend.

Bremen, 2. Novbr., Nachmittags. Petroleum ruhig. (Schlußbericht.) Standard white loco 10, 60—10, 65 bez., per Decbr. 10, 90 bez., per Jan.-März 10, 90 Br.

[Wochenübersicht der Reichsbank.] Der gestrige Ausweis giebt ein klares Bild von den Bedürfnissen, welche der Ultimo des verflossenen Monats an die Kassen der Bank gestellt. Nicht weniger als rund 24 Millionen sind der Bank durch Lombardirungen und Wechseleinlieferungen entzogen worden, die zum Theil durch Herausgabe von 19 Millionen Noten und 2 Millionen Metall realisirt worden sind. Die Zunahme des Effectenbestandes läßt auf eine weitere Uebernahme von Schatzscheinen schließen. Daß die täglich fälligen Verpflichtungen sich um fast 7 Millionen gehoben haben, dürfte als Beweis dafür dienen, daß die Börse sich für unvorhergesehene Ausfälle eine ansehnliche Reserve geschaffen hatte, und daß das Reportgeschäft nicht diejenige Ausdehnung zum Ultimo genommen hat, wie vielleicht erwartet worden ist. Die steuerfreie Notenreserve ist auf 128,980,000 Mark gesunken.

Berlin, 2. November. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist kalt. Im Verkehr mit Roggen schien anfänglich eine besonders feste Stimmung zur Geltung gelangen zu wollen, aber die sehr schwache Betheiligung ließ keine nennenswerthe Veränderung der Preise hervortreten, indessen ist auch heute eine gewisse größere Beliebtheit der entfernten Termine, namentlich des Frühjahrs, zu constatiren. Das Effectivgeschäft blieb beschränkt, die Forderungen der Eigner sind hoch und sehr fest. — Roggenmehl wenig verändert. — Weizen wird durch die Kündigungen unter Druck gehalten, nur in den Preisen für entfernte Termine kommt der günstige Einfluß der erhöhten Notiz aus Newyork einigermaßen zum Ausdruck. — Hafer loco gut verkäuflich, Termine fester. — Rüböl fest eröffnend, später in Folge von Realisationen wieder matt. — Petroleum ruhig. — Spiritus, anfänglich eine Kleinigkeit besser bezahlt, wurde recht matt im Verlauf der Börse, weil viel Verkäufer sich zeigten. Der Umsatz gestaltete sich ziemlich lebhaft.

Weizen loco 183—235 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, gelber mecklenburg. — Mark ab Bahn bez., defecter — Mark bez., do. klammer mit starkem Geruch — M. ab Bahn bez., weiß bunter polnischer — M. ab Bahn bez. u. Br., fein weiß uckermärkischer — Mark ab Bahn bez., per November 210—209—209½ Mark bez., per November-December 210—200—209½ M. bez., per April-Mai 216—215—215½ M. bez. Gekündigt 51,000 Centner. Kündigungspreis 209½ M. — Roggen loco 214 bis 222 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, inländ. mit starkem Auswuchs — M. ab Bahn bez., inländ. 216—220 Mark ab Bahn bez., exquisiter inländ. — M. ab Bahn bez., defecter inländ. — Mark ab Bahn bez., russischer — Mark ab Bahn bez., neu fein weiß galiz. — M. ab Bahn bez., per November 214½—213½—214½ Mark bez. u. Br., per November-December 211½—211—212 M. bez., per December-Januar 210—211 Mark bez., per April-Mai 204—203½—204 M. bez. Gekündigt 10,000 Centner. Kündigungspreis 214 Mark. — Gerste loco 145—200 M. nach Qualität gefordert. — Hafer loco 140 bis 168 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpreußischer 150 bis 158 Mark bez., russischer 147 bis 156 Mark bez., pommerscher, mecklenburgischer und uckermärkischer 156 bis 159 M. bez., schlesischer 153 bis 159 Mark bez., böhmischer 153 bis 159 M. bez., fein weiß russ. — M. bez., neumärkischer — Mark bez., galizischer — M. ab Bahn bez., fein weiß. mecklenburgischer 162 bis 163 Mark ab Bahn bez., per November 148½—148¾ M. bez., per November-December 148½—148¾ Mark bez., per April-Mai 152—152½ Mark bez. Gekündigt 8000 Centner. Kündigungspreis 148½ Mark. — Weizenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 00: 31,50 bis 30,00 Mark, Nr. 0: 30,00 bis 29,00 Mark, Nr. 0 und 1: 29,00 bis 28,00 Mark bez. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. unversteuert incl. Sack Nr. 0: 30,50 bis 29,00 Mark bez., Nr. 0 und 1: 29,00—28,00 Mark. — Mais loco 143—146 Mark nach Qualität gefordert, rumänischer — M. bez., amerikan. 143—143½ M. ab Kahn bez., per November 143 Mark bez., per December 144½ M. bez., per Januar 145½ M. bez., per April-Mai 140½ M. bez. Gekündigt 2000 Ctr. Kündigungspreis 142½ M. — Roggenmehl pro 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1 incl. Sack: per November 28,90 Mark bez., per November-December 28,90 Mark bez., per December-Januar 29,15 Mark bez., per Januar-Februar 29,15 Mark bez., per Febr.-März — M. bez., per April-Mai 28,90 Mark bez. Gekündigt 11,500 Centner. Kündigungspreis 28,90 M. — Oelsaaten: Winter-Raps — M. bez., Winter-Rübsen — M., Raps galizischer — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco mit Faß 53,3 Mark bez., ohne Faß 53 Mark bez., per November 53,4—53,2 M. bez., per November-December 53,4—53,2 M. bez., per December-Januar 54,1 Mark bez., per Januar-Februar — M. bez., per April-Mai 56,7—56,6 M. bez., per Mai-Juni — Mark bez. Gekündigt 5000 Centner. Kündigungspreis 53,4 Mark. — Petroleum loco pro 100 Kilo incl. Faß 32 Mark bez., per November 31,2 Mark bez., per November-December 31,2 Mark bez., per December-Januar 31,3 M. bez., per Januar — M. bez., per April-Mai — M. bez. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — M.

Spiritus loco ohne Faß 58,5 Mark bez., per November 58,5 bis 58,1 M. bez., per November-December 57,6—57,4 Mark bez., per December-Januar 57,6—57,4 Mark bez., per April-Mai 59,3—58,9 Mark bez., per Mai-Juni 59,6—59,1 M. bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — M.

Breslau, 3. Novbr., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war im Allgemeinen ruhig, bei mäßigem Angebot, Preise unverändert.

Weizen, nur feine Qualitäten behauptet, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 18,60 bis 21,20—22,20 Mark, gelber 17,70—20,00 bis 21,20 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, bei mäßigem Angebot unverändert, per 100 Kilogr. 20,60 bis 21,60 bis 22,00 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, in matter Stimmung, per 100 Kilogr. 15,60—16,60 Mark, weiße 17,00 bis 17,80 Mark.

Hafer in ruhiger Haltung, per 100 Kilogr. 12,90—13,80—14,50 bis 15,40 Mark, feinster über Notiz bezahlt.

Mais ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 14,70—15,20—15,60 Mark.

Erbsen behauptet, per 100 Kilogr. 17,00 — 19,00 — 20,50 Mark, Victoria- 21,00—23,00—24,50 Mark.

Bohnen stärker angeboten, per 100 Kilogr. 19,50—20,50—21,50 Mark.

Lupinen gut gefragt, per 100 Kilogr., gelbe 8,60—9,00—9,50 Mark, blaue 8,50—9,00—9,40 Mark.

Wicken schwach zugeführt, per 100 Kilogr. 13—13,50—14,20 Mark.

Oelsaaten ohne Aenderung.

Schlaglein nur feine Qualität behauptet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	—	24	50	23	—
Winterraps	24	—	23	25	22	—
Winterrübsen	23	25	22	50	21	50
Sommerrübsen	23	50	22	50	21	75
Leindotter	22	50	21	75	21	—

Rapskuchen ohne Aenderung, 50 Kilogr. 6,70—6,90 Mark, fremde 6,30—6,70 Mark.

Leinkuchen unverändert, per 50 Kilogr. 9,80—10 Mark.

Kleesamen schwacher Umsatz, rother feine Qualitäten preishaltend, per 50 Kilogr. 32—35—38—42 Mark, hochfeiner über Notiz, weißer gut verkäuflich, 42—50—58—72 Mark, hochfeiner über Notiz.

Tannenklee nominell, per 50 Kilogr. 40—45—52 Mark.

Thymothee fester, per 50 Kilogr. 19—22—23,50 Mark.

Mehl preishaltend, per 100 Kilogr. Weizen fein 30,50—31,50 Mark, Roggen fein 32,75—33,50 Mark, Hausbacken 31,50—32,50 Mark. Roggen-Futtermehl 11,25—12,25 Mark. Weizenkleie 9,50—10 Mark.

Heu 2,70—3,00 Mark per 50 Kilogr.

Roggenstroh 19,00—22,00 Mark per Schock à 600 Kilogr.

Schifffahrtslisten.

Swinemünder Einfuhrliste. Libau: Victoria, Hansen. Ordre 75,000 Kilogr. Roggen, 20 Matten. August Zäncker, Hilgendorff. Ordre 2500, 200,000 Ko. Roggen. — Pernau: Hermann, Ebert. Hermann Lange 2131 To. Leinsamen. — Riga: Leo, Fiß. Ordre 76,918 Kg. Weizen. — Fraserburgh: Radiant, Summers. Ordre 958, 51/2 und 56 To. Heringe.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Nov. 2., 3.	Nachm. 2 U.	Abends 10 U.	Morgens 6 U.
Luftwärme (C.)	+ 2°,5	— 0°,2	— 3°2
Luftdruck bei 0° (mm)	752",9	753",3	755",1
Dunstdruck (mm)	3,2	4,2	3,4
Dunstsättigung (pCt.)	58	92	94
Wind	W. 1.	W. 1.	NW. 1.
Wetter	z. heiter.	heiter. Nachm. Schnee.	trübe.

Wasserstand. Breslau, 3. Nov. O.-P. 5 M. 28 Cm. U.-P. — M. 60 Cm.
2. Nov. O.-P. 5 M. 36 Cm. U.-P. — M. 78 Cm.

Berliner Börse vom 2. November 1880.

Fonds- und Geld-Course.

Deutsche Reichs-Anl.	4	100,50 bz
Consolidirte Anleihe.	4½	104,90 bz
do. do. 1876	4	100,00 bz
Staats-Anleihe	4	99,90 bz
Staats-Schuldscheine	3½	98,25 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	148,10 bz
Berliner Stadt-Oblig.	4½	103,50 bz
Pfandbriefe: Berliner	4½	103,10 bzG
Pommersche	3½	88,75 bz
do.	4	99,10 G
do.	4½	102,60 bz
do. Lndch. Crd.	4½	— —
Posensche neue . .	4	99,00 G
Schlesische . . .	3½	— —
Lndschaftl. Central	4	99,10 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	99,80 bz
Pommersche	4	99,68 bz
Posensche	4	99,35 bz
Preussische	4	99,10 G
Westfäl. u. Rhein.	4	99,70 bz
Sächsische	4	100,00 bz
Schlesische	4	100,00 G
Badische Präm.-Anl. .	4	132,90 bz
Baierische Präm.-Anl.	4	134,75 B
do. Anl. v. 1875	4	— —
Cöln-Mind. Prämiensch	3½	130,50 bzG
Sächs. Rente von 1876	3	77,30 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'sche Partial-Ob.	5	107,60 bz
Unkb. Pfd. d. Pr. Hyp.-B.	4½	103,25 bzG
do. do.	5	101,50 bzG
DeutscheHyp.-Bk.-Pfb.	4½	101,50 G
do. do. do.	5	100,20 G
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	— —
Unkündb. do. (1872)	5	105,80 G
do. rückzb. à 110	5	113,60 G
do. do. do.	4½	106,50 bz
Unk. H. d. Pr. Bd.-Crd.-B.	5	107,00 G
Kündb. Hyp. Schuld. do.	5	102,10 G
Hyp.-Anth. Nord. G-C-B	5	99,75 G
do. do. Pfandbr. . .	5	98,00 G
Pomm. Hyp.-Briefe . .	5	104,25 G
do. do. II. Em.	5	101,50 bzG
Goth. Präm.-Pf. I. Em.	5	118,90 bz
do. do. II. Em.	5	116,90 bz
do. 5% Pf. rkzlbr. m. 110	5	106,25 bz
do. 4½ do. do. m. 110	4½	101,50 B
Meininger Präm.-Pfdb.	4	122,60 bz
Pfdb. d. Oest. Bd.-Cr.-Ge.	5	100,10 G
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	103,75 G
do. do.	4½	103,75 G
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	103,25 G
do. do.	4½	101,40 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1/1. 1/7.)	4⅕	62,70 bzB
do. (1/4. 1/10.)		62,70 G
do. Goldrente	4	76,00 bz
do. Papierrente . . .	4⅕	61,80 G
do. 54er Präm.-Anl. .	4	112,60 G
do. Lott.-Anl. v. 60 .	5	121,75 bz
do. Credit-Loose . . .	fr.	327,00 bzB
do. 64er Loose	fr.	316,20 G
Russ. Präm. Anl. v. 64	5	139,25 etbzB
do. do. 1866	5	136,90 bzB
do. Orient-Anl. v. 1877	5	57,50-57,40bz
do. II. do. v. 1878	5	57,30 bz
do. III. do. v. 1879	5	57,60-57,70bz
do. Anleihe 1877. . .	5	91,40 G
do. do. 1880. . .	4	70,10 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	80,20 bzG
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfb.	5	76,25 bzG
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	— —
Poln. Pfndbr. III. Em.	5	62,40 bz
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	54,50 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	p. 1 J r. 98,60G
do. 5% Anleihe .	5	100,30 G
Ital. 5% Anleihe . . .	5	86,30 bz
Raab-Grazer 100Thlr. L	4	90,10 G
Rumänische Anleihe .	8	— —
Rumän. Staats-Obligat.	6	89,85 bz
Türkische Anleihe . .	fr.	10,50 B
Ungar. Goldrente . . .	6	92,65 bz
do. Loose (M. p. St.)	fr.	212,00 B
Ung. 5% St.-Eisnb.-Anl.	5	88,20 bzG
Finnische 10 Thlr.-Loose		49,00 bz
Türken-Loose		24,20 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II. .	4½	102,25 G
do. III. v. St. 3½ g.	3½	91,00 bz
do. do. VI.	4½	103,25 G
do. Hess. Nordbahn	5	102,25 G
Berlin-Görlitz conv. . .	4½	101,70 G
do. . . . B.	4½	102,00bz G
do. Lit. C.	4½	100,70 bzG
Bresl.-Freib. Lit. D. E. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	102,60 B
do. do. J.	4½	102,00 B
do. do. K.	4½	102,00 bzG
do. von 1876	5	105,25 G
Breslau-Warschauer . .	5	103,00 G
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	99,50 G
do. . . Lit. B.	4½	101,40 G
do. . . . . IV.	4	99,50 bzG
do. . . . . V.	4	99,75 G
Halle-Sorau-Guben . .	4½	103,00 B
Märkisch-Posener . . .	4½	102,50 B
Niederschles.-Märk. I.	4	99,25 G
do. do. II.	4	98,75 G
do. Obl. I. u. II.	4	99,25 G
do. Obl. III. .	4	99,25 G
Oberschles. A.	4	— —
do. B.	3½	— —
do. C.	4	— —
do. D.	4	98,50 G
do. E.	3½	91,75 G
do. F.	4½	— —
do. G.	4½	— —
do. H.	4½	102,50 bz
do. von 1873 .	4	— —
do. von 1874 .	4½	102,50 B
do. von 1879 .	4½	103,90 bz
do. von 1880 .	4½	105,25 bz
do. Brieg-Neisse	4½	101,25 G
do. Cosel-Oderb.	5	— —
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl. Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn .	4½	101,25 G
Rechte-Oder-Ufer-B. .	4½	102,60 G
Schlesw. Eisenbahn .	4½	— —
Charkow-Asow gar. . .	5	95,50 bzG
do. do. in Pfd. Sterl.	5	89,40 B
Charkow-Kremen. gar.	5	95,30 G
do. do. in Pfd. Sterl.	5	—
Rjäsan-Koslow gar. . .	5	100,80 G
Dux-Bodenbach	5	83,10 G
do. II. Em.	5	80,75 G
Prag-Dux	fr.	47,50 bzG
Gal. Carl-Ludw.-Bahn	5	99,50 B
do. do. neue	5	88,00 B
Kaschau-Oderberg . . .	5	74,80 bzG
do. Gold.-Prior. . .	5	89,75 bzG
Ung. Nordostbahn . .	5	71,25 bz
Ung. Ostbahn	5	69,25 bzG
Lemberg-Czernowitz .	5	77,60 G
do. do. II.	5	86,30 bzG
do. do. III.	5	77,30 bz
do. do. IV.	5	76,80 bz
Mährische Grenzbahn	5	63,00 G
Mähr.-Schl. Centralb. .	fr	28,50 bzG
Kronpr. Rudolf-Bahn .	5	80,90 bzG
Oesterr.-Französische .	3	375,10 bzG
do. do. II.	3	366,25 B
do. südl. Staatsbahn	3	265,60 bzG
do. neue	3	265,50 G
do. Obligationen	5	94,60 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	98,90 bz
Warschau-Wien II. . .	5	104,00 etbzG
do. III. . .	5	102,10 G
do. IV. . .	5	101,00 bzB
do. V. . .	5	100,30 bzG
do. VI. . .	5	100,25 bzB

Wechsel-Course.

Amsterdam 100 Fl. . . .	8 T.	3	168,30 bz
do. do. . . .	2 M.	3	167,50 bz
London 1 Lstr.	8 T.	2½	20,355 bz
do. do.	3 M.	2½	20,275 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3½	80,45 bz
do. do.	2 M.	3½	80,00 bz
Petersburg 100 SR. . . .	3 W.	6	203,60 bz
do. do.	3 M.	6	201,30 bz
Warschau 100 SR. . . .	8 T.	6	203,40 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4	172,65 bz
do. do.	2 M.	4	171,70 bz

Kurh. 40 Thaler-Loose 283,25 G
Badische 35 Fl.-Loose 173,00 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 97,60 bz
Oldenburger Loose 162,60 bz

Ducaten 9,78 bz	Dollar 4,205 G
Sover. 20,33 bz	Oest. Bkn. 172,95 bz
Napoleon 16,16 bzB	do. Silbergd — —
Imperials — —	Russ. Bkn. 203,95 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1878	1879		
Aachen-Mastricht.	½	¾	4	30,75 bz
Berg-Märkische . .	4	4¼	4	110,80 bzG
Berlin-Anhalt . . .	5	5	4	121,50 etbzG
Berlin-Dresden . .	0	0	4	19,10 bz
Berlin-Görlitz . . .	0	0	4	26,20 bz
Berlin-Hamburg .	10½	12½	4	231,00 bz
Berl-Potsd.-Magdb	3½	4	4	99,60 B
Berlin-Stettin . . .	3,63	4¾	4	114,60 bzB
Böhm. Westbahn.	5¾	6	5	100,70 bzG
Bresl.-Freib.	3¼	4¾	4	109,30 bzG
Cöln-Minden	6,3	6	4	147,40 bz
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	84,30 bzG
Gal. Carl-Ludw.-B.	8,214	7,738	4	116,90 bz
Halle-Sorau-Gub. .	0	0	4	21,10 bzG
Kaschau-Oderberg	4	4	5	64,50 bz
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	70,25 bzG
Ludwigsh.-Bexb.	9	9	4	201,40 bz
Märk.-Posener .	0	0	4	26,90 bz
Magdeb.-Halberst.	3½	6	4	147,30 G
Mainz-Ludwigsh. .	4	4	4	96,50 bz
Niederschl.-Märk. .	4	4	4	99,50 G
Oberschl. A. C. D. E.	8½	9⅗	3½	202,25 bzG
do. B.	8½	9⅗	3½	167,00 bzB
Oesterr.-Fr. St.-B.	6	6	4	476,00-76,50
Oest. Nordwestb. .	4	4	5	302,25 bz
Oest. Südb. (Lomb.)	0	0	4	146
Ostpreuss. Südb. .	0	0	4	44,50 bz
Rechte-O.-U.-B. . .	7	7⅗	4	161,70 bz
Reichenberg-Pard.	4	4	4½	69,10 G
Rheinische	7	7	4	158,80 bzG
do. Lit. B. (4% gar.)	4	4	4	99,10 bz
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	20,60 bzB
Rumän. Eisenbahn	2	3⅗	4	63,30 bz
Schweiz Westbahn	0	0	4	24,00 bzG
Stargard-Posener .	4½	4½	4½	102,10 bzG
Thüringer Lit. A.	8	8½	4	172,00 bzG
Warschau-Wien .	9,155	11⅔	4	268,00 etbzG
Weimar-Gera . . .	4½	4½	4½	49,75 bzB

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Dresden . .	0	0	5	53,50 bzG
Berlin-Görlitzer . .	[illegible]	3⅛	5	82,30 bzG
Breslau-Warschau	0	0	5	39,25 G
Halle-Sorau-Gub. .	0	3½	5	97,25 bzG
Kohlfurt-Falkenb.	0	0	5	48,25 bz
Märkisch-Posener	5	5	5	102,25 bzG
Magdeb.-Halberst.	4½	3½	3½	85,25
do. Lit. C.	5	5	5	122,25 G
Marienburg-Mlawa	5	5	5	87,10 bz
Ostpr. Südbahn . .	5	5	5	94,80 G
Posen-Kreuzburg .	2⅗	2¾	5	71,25 bzG
Rechte-O.-U.-B. . .	7	7⅗	5	148,90 bz
Rumänier	8	8	8	— —
Saal-Bahn	0	0	5	51,00 bzB
Weimar-Gera . . .	0	0	5	34,60 etbzG

Bank-Papiere.

Allg. Deut. Hand.-G	2	4	4	71,50 bz
Berl. Kassen-Ver.	8⁹⁄₁₀	8⁹⁄₁₀	4	169,00 G
Berl. Handels-Ges.	0	5	4	100,60 bzG
Brl. Prd.-u. Hdls.-B.	0	4½	4	82,75 bzG
Braunschw. Bank	4½	4½	4	89,10 G
Bresl. Disc.-Bank.	3	5½	4	85,50 bzB
Bresl. Wechslerb.	5⅗	6	4	106,25 bzB
Coburg. Cred.-Bnk.	4½	5	4	89,60 bz
Danziger Priv.-Bk.	5⅕	5	4	112,00 G
Darmst. Creditbk.	6¾	8½	4	155,50 bzG
Darmst. Zettelbk.	5¼	5½	4	106,60 G
Dessauer Landesb.	6½	6½	4	— —
Deutsche Bank .	6½	9	4	146,60 bzG
do. Reichsbank	6,2	5	4½	146,25 bz
do. Hyp.-B. Berl.	6¼	6	4	92,00 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	6½	10	4	175,00 bzB
do. ult.	6½	10	4	175,10-75,75
Genossensch.-Bnk.	5½	7	4	116,25 bzG
do. junge	5½	7	4	113,00 B
Goth. Grundcredb.	5	5	4	96,50 bzG
do. junge	6	5	4	90,25 G
Hamb. Vereins-B.	7¾	7	4	115,75 G
Hannov. Bank . .	5½	4½	4	102,60 B
Königsb. Ver.-Bnk.	6	5	4	108,00 B
Ludw.-B. Kwilecki	4⅔	4⅔	4	72,00 G
Leipz. Cred.-Anst.	6⅔	10	4	148,50 G
Luxemburg. Bank	7½	10	4	138,40 bz
Magdeburger do.	6⁹⁄₁₀	5⅕	4	112,50 G
Meininger do.	2½	0	4	94,60 bzG
Nordd. Bank . . .	8⅘	10	4	165,25 G
Nordd. Grundcr.-B.	0	0	4	46,25 bzG
Oberlausitzer Bk.	4	4⅔	4	83,00 G
Oest. Cred.-Actien	8¾	11¼	4	483,50-83,85
Posener Pro.-Bank	4	7	4	114,00 G
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	5	0	4	93,75 bzG
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	9½	4	128,70 etbzG
Sächs. Bank	5¾	6	4	112,25 bzG
Schl. Bank-Verein	5	6	4	108,35 bzB
Wiener Unionsbk.	5	6	4	19[illegible] G

In Liquidation.

Centralb. f. Genoss.	—	—	fr.	56,50 G
Thüringer Bank .			fr.	219,00 B

Industrie-Papiere.

D. Eisenbahnb.-G.	0	0	4	4,62 bz
Märk.-Sch. Masch G	0	0	4	27,60 bz
Nordd. Gummifab.	4	1½	4	36,00 bz
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	6	2	4	85,00 B
Schles. Feuervers.	21	22	fr.	1220 B
Bismarckhütte . . .	7	12	4	115,50 G
Donnersmarkhütt.	⅔	1½	4	62,00 bzG
Dortm. Union . . .	0	0	4	12,90 bzB
do. St.-P. Lit. A.	0	2	6	79,25 bz
Königs- u. Laurah.	1½	6½	4	113,50 bzG
Lauchhammer . .	0	0	4	36,00 bzB
Marienhütte	2½	4	4	76,00 G
Cons. Redenhütte .	4	8	4	— —
do. Oblig.	6	6	6	104,50 G
Schl. Kohlenwerke	0	—	fr.	c. 113,75 G
Schl. Zinkh.-Actien	5½	5½	4	— —
do. St.-Pr.-Act.	5½	5½	4½	— —
do. Oblig.	—	5	5	107,00 B
Oppeln. Portl. Cem.	3½	3½	4	— —
Groschowitzer dto.	2	4	4	66,70 G
Tarnowitz. Bergb.	0	0	4	70,25 bz
Vorwärtshütte . . .	0	0	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6½	3⅛	4	79,25 bzG
do. ver. Oelfabr.	5½	7½	4	79,25 bzG
do. Strassenbahn	6	6¼	4	119,25 G
Erdm. Spinnerei .	0	0	4	28,00 bzB
Görlitz. Eisenb.-B.	6½	3	4	75,75 G
Hoffm.'s Wag. Fabr	0	2	4	48 B
O.-Schl. Eisenb.-B.	0	0	4	48,50 bzG
Schl. Leinenind. .	5	5	4	94,00 bzB
do. Porzellan . .	1½	2	4	34,90 G
Wilhelmsh. MA. .	0	0	4	— —

Bank-Discont 4½ pCt.
Lombard-Zinsfuss 5½ pCt.

[Patent-Ertheilungen.] Neuerungen an dem Verfahren und den Apparaten zur Verarbeitung des Mais in Brennerei und Brauerei: Wittwe Margarethe Wolff und deren Sohn Ernst Emil Wolff in Dresden. — Wiegeapparat mit Bewegungsmechanismus für Waschmaschinen u. dergl.: V. Huet in Spa (Belgien). — Neuerungen an einem Doppelstuhl-Reisebett: H. Schlesinger in Berlin. — Stiefelknecht, welcher selbstthätig beim Gebrauch sich schließt: G. Kursig in Berlin. — Entfernungsmesser: J. Siegmund in Neuwied. — Neuerungen an Bügelmaschinen für Shlipse: O. Uhlich in Reudnitz b. Leipzig. — Lüstrirmaschine: Sarfert u. Vollert in Meerane. — Verfahren zur Herstellung von Särgen aus Cement und Gyps: R. Lesse u. A. Köppe in Bitterfeld. — Nähtisch: W. Lack in Berlin (Moabit). — Verfahren, Erdharz zu erhärten und zähe zu machen: H. Randhahn in Waldau bei Osterfeld, Reg.-Bez. Merseburg. — Hackbrett-Tisch: H. Mestern in Berlin. — Neuerung an Chubb-Schloßconstructionen für Anwendung von Hauptschlüsseln: Th. Hornhauer in Dresden. — Verfahren zur Herstellung von flüssigem Kaffeeextract: D. J. Gue und J. C. Grant in Newyork. — Buttermaschine: A. Bohlken in Varel a. d. Jade. — Neuerungen an Rollschuhen: F. Blüthgen in Wittenberg. — Sortirmaschine für Perlkaffeebohnen: Gebr. Burgdorf in Altona. — Dämpfereinrichtung an Accordeons: Wagner u. Co. in Gera. — Neuerungen in der Aufhängung des Säuregefäßes an Extincteuren: R. Jarvie und W. Miller in Glasgow. — Neuerungen am Verfahren und an Apparaten zur Reinigung von Kohlengas: Ch. C. Walker in Lilleshall, Grafschaft Salop, und W. Th. Walker in Highgate, Grafschaft Middlesex, England. — Gewindeschneidmaschinen für verschiedene Ganghöhen: W. Lehmann in Leipzig. — Messer zum Abhäuten geschlachteter Thiere: C. Hägele-Ritter in Eßlingen a. N. — Neuerungen an Vorrichtungen zum Zünden, Reguliren und Löschen von Gasflammen: Dr. W. Klinkerfüs, Professor, Director der kgl. Sternwarte in Göttingen. — Auslöschvorrichtung an Lampen mit Flachbrennern, bestehend in Klappen und Federn: C. Bötter's Söhne in Gotha. — Neuerungen an Petroleum-Sturmlaternen, bestehend in der Isolirung des Oelbehälters außerhalb derselben und in der Anwendung von aus einem Stücke gefertigten Doppelfalz-Eckstäben, A. Frank in München. — Neuerungen an Contrabässen: C. Otho in Leipzig. — Verfahren zur Herstellung von Heu-, Düng- u. Rübengabeln: Gebrüder Brüninghaus u. Co. in Werdohl, Westphalen. — Nagelheft mit selbstthätig zurückspringender Ahle für Schuhmacher: F. Gebbensleben in Magdeburg. — Maschine zum Abdrehen und Riffeln von Walzen: L. A. Riedinger in Augsburg. — Abklopfapparat für Aspirationsfilter: V. Schneitler in Berlin. — Apparat zum Beschneiden von lebendigen Hecken: F. Boyer in Bransac les mines. — Neuerungen an Kochapparaten: H. Redecker u. Nauß in Bielefeld. — Neuerungen an Häckselschneidemaschinen: Fr. Rapp in Ulm. — Verbesserung der Befestigung von Fahrschienen auf Granitlangschwellen bei Straßenbahnen: G. J. Schmidt in Ober-Peilau bei Reichenbach, Schlesien. — Wasserzuflußbahn mit selbstthätiger Entwässerung: E. Großmann in Budapest. — Neuerungen an Regulator-Uhren: M. Ort in Nürnberg. — Erdbohrverfahren mit Motoranordnung unmittelbar über dem Bohrwerkzeuge und der zum Betriebe angewendeten Apparate: M. Schönert, A. Vasserot und G. Rahts in Freiberg i. S. — Neuerungen an Jonval-Turbinen: C. Geiger in Karlsruhe. — Neuerungen an den patentirten Ventilsteuerungen für Dampfmaschinen: Maschinenfabrik Cyclop in Berlin. — Neuerungen an Taschenuhren: A. Frankfeld in Genf. — Gehäuse-Karabinerhaken: H. Haltaufderheide in Cassel. — Neuerungen an Spannwirbeln für Saiteninstrumrnte: St. Mühlbauer in Ulm. — Neuerung an Säul-Nähmaschinen: V. Stöwer in Stettin. — Neuerungen an Postkisten-Verschlüssen: K. Schild in Wien. — Eisenbahnwagenschieber: F. Raßmus in Magdeburg. — Elastisch gesperrter Steuerapparat für See- und Flußschiffe: M. J. Nordmann in Dresden. — Neuerungen an Walzenstühlen: M. Martin in Bitterfeld. — Apparat zum Aufkleben von Verzierungen auf Holzleisten: Könemann u. Schulze in Köln, Holzgasse. — Geschirrschnalle: J. A. Gavit, J. W. Jackson und J. W. Rauch in Dayton. — Weichenspitzen-Verschluß mit Compensations-Vorrichtung: Th. Henning in Bruchsal, Baden. — Verfahren, um Kautschukgegenstände mit Oel-Firniß-Farben innig zu verbinden, zu verzieren und zu bedrucken: J. Levinstein in Berlin. — Bewegliche Klappen in Heizröhren zur vollkommenen Ausnutzung der Wärme: D. Dupuis in Jupille (Belgien). — Vorrichtungen an Puddelöfen mit rotirender Sohle zum Mischen von flüssigem Roheisen mit Zuschlägen: A. Lencauchez in Paris und C. Sachs in Kalk bei Deutz. — Befestigung der Reifen auf Rädern der Eisenbahnfuhrwerke: C. Ziegler in Nippes bei Köln. — Differential-Pumpwerk für hydraulische Pressen: M. Hasse u. Co. in Berlin. — Verfahren zur Herstellung einer neuen Art von Chokolade-Confecten nebst dazu dienenden Geräthen: W. C. H. Sommer in Bernburg. — Verfahren zur Darstellung rother, violetter und grüner Farbstoffe durch Einwirkung von Chlorpikrin auf aromatische Amine: M. Salzmann und F. Krüger in Fürstenberg a. O. — Neuerungen an photographischen Apparaten: Th. H. Blair in Franklin, Massachusetts U. S. A. — Durchlöcherte Zündhülse für Sprengpatronen: H. Bothe auf Gräfin Laura-Grube bei Königshütte OS. — Schaltvorrichtung für Schraubenpressen: H. Blank in Uster (Schweiz). — Neuerung an Schußspulmaschinen: H. Häfner in Chemnitz. — Neuerungen an Ammoniak-Eismaschinen: O. Kropff jr. in Nordhausen. — Dampfkessel mit innerem Dampfsammler: M. Krudewig in Frankfurt a. M. — Verbesserungen an Kohlensturzvorrichtungen: J. Weidtman in Dortmund. — Neuerung an der Befestigung von Reifen auf den Rädern der Eisenbahnfuhrwerke: W. Seel in Wien I. — Befestigung von Radreifen auf Rädern der Eisenbahnfuhrwerke: H. Borgsmüller in Berlin. — Selbstthätiger Wasserstrahl-Zimmerventilator: R. Dälen sen. und C. Hagedorn in Düsseldorf. — Neuerungen an Pianoforte's: O. Thieme in Erfurt. — Flammöfen mit Gasfeuerung: G. Mendheim in München. — Neuerungen an einem Taschenschirm: H. Papke in Berlin. — Feuerungscontrolapparat für Dampfkessel: F. Knackmus in Greußen. — Neuerungen an der Starke'schen Präcisions-Ventilsteuerung für Dampfmaschinen: M. A. Starke in Hirschberg i. Schl. — Neuerungen an Apparaten zum Reinigen der Dampfkesselröhren oder Feuerzüge: St. C. Taft und F. Darling in Franklin. — Neuerungen an Maschinen zum Auslegen der Zündhölzer aus dem Tunkrahmen: G. Sebold in Durlach, Baden. — Verbindung von Rohr und Hülse bei Hinterladungsgewehren: V. M. Günther in Leipzig und V. Hemming in Suhl.

Rio de Janeiro, 1. Novbr. Wechselcours auf London 23¼, do. auf Paris 406. Tendenz des Kaffeemarktes: Ruhig. Preis für good first 5000—5150. Durchschnittliche Tageszufuhr 9200 Sack. Ausfuhr nach Nord-Amerika 36,000, do. nach dem Canal und Nord-Europa 80,000, do. nach dem Mittelmeer 10,000, Vorrath von Kaffee in Rio 190,000 Sack.

Newyork, 1. November. Weizen-Verschiffungen der letzten Woche von den atlantischen Häfen der Vereinigten Staaten nach England 159,000, do. nach dem Continent 260,000, do. von Californien und Oregon nach England 70,000 Qrtr. Visible Supply an Weizen 17,375,000 Bushel, do. do. an Mais 19,275,000 Bushel.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Pest, 2. Novbr. Die Ausschüsse der ungarischen Delegation nahmen die Schlußrechnungen von 1879 an und ertheilten Indemnität der Ausgaben von 1878/79 für Bosnien und die Herzegowina, erledigten das Marinebudget im Ordinarium mit einem Abstrich von 70,000, das Extraordinarium mit einem Abstrich von 100,000 Gulden.

Paris, 2. Novbr. Die Ausführung der Decrete wird morgen in einigen zehn Departements wieder aufgenommen. Die „Commune", das Journal Pyats, wird wegen der die Armee beleidigenden Artikel verfolgt werden. Das Schreiben des Papstes an den Erzbischof Guibert beglückwünscht die Bischöfe zur Vertheidigung der religiösen Orden, deren Verfolgung schwere Uebelstände voraussehen lasse, er bedauert, daß die Regierungschefs nicht die Erklärung der Congregationen acceptirten, deren Anerbieten überall die Institutionen und die Rechte der Kirche retten sollte, und hofft, daß durch das Zusammenwirken der Bischöfe unter dem Beistand Gottes es gelingen werde, die Einheit zwischen der christlichen Bevölkerung, den Bischöfen und dem Haupte der Kirche aufrecht zu erhalten.

London, 2. Novbr. Der diesseitige Botschafter in St. Petersburg, Lord Dufferin, hat sich heute früh zu dem Premier Gladstone nach Hawarden begeben. — Wie der „Evening Standard" gerüchtweise erfährt, wäre Dillon, welcher ebenfalls auf die Liste der Agitatoren gesetzt war, die wegen Verschwörung in Anklagezustand versetzt werden sollen, heute früh in Limerick verhaftet worden.

Petersburg, 2. Nov. An der heutigen Börse waren anläßlich der bestätigenden Nachricht über den Rücktritt Greighs und die Ernennung Abazas zum Finanzminister Gerüchte über weitere Veränderungen in den Ministerposten verbreitet. Man sagte: Loris-Melikow werde statt Walujew Präsident des Ministercomites und Rochanow Minister des Innern werden. Es ist zu constatiren, daß an unterrichteten Stellen nichts derartiges verlautet.

Bei dem hiesigen Militär-Kreisgericht ist für nächsten Sonnabend ein politischer Prozeß anberaumt. Die Meisten der Angeklagten gehören dem revolutionären Executivcomite an.

Gent, 2. Novbr. Das Journal „Bien public" veröffentlicht ein längeres, aus Rom datirtes und vom Papst unterzeichnetes Document, durch welches dem ehemaligen Bischof von Tournai, Dumont, jede kirchliche und weltliche Jurisdiction in der Diöcese Tournai entzogen wird.

Wien, 2. November. Das Berliner Telegramm der „Montagsrevue" über den bevorstehenden Rücktritt (richtiger das Demissions-Gesuch) des Fürsten Bismarck stammt aus Kreisen, die als gut unterrichtet gelten und wird hier als officiös veranlaßt betrachtet. Man schließt hier daraus, daß seitherige Differenzen an Schärfe nichts verloren haben. Die Frictionen wegen der Berufung des Grafen Hatzfeldt zum Staatssecretär des Auswärtigen sind seit Frühjahr hier in maßgebenden Kreisen bekannt. Es soll sich namentlich um eine einflußreiche Persönlichkeit handeln, die gegen Fürst Bismarck auch sonst nicht günstig eintritt. Hier hegt man die Zuversicht auf eine baldige Lösung der Angelegenheit im Sinne des Fürsten Bismarck. Daß das Ressort des Handelsministeriums mit der Krise zusammenhängt, wird hier bezweifelt. (Nat.-Ztg.)

Paris, 2. Nov. Gambetta empfing gestern Morgen den Abschiedsbesuch des Gesandten v. Radowitz und erschien Nachmittags auf der deutschen Botschaft, um diesen Besuch zu erwidern. (N.-Z.)

[Alter der Schiffe der deutschen Handels-Marine.] Unter den 4777 deutschen Schiffen giebt es jetzt 23, deren Alter nicht zu ermitteln gewesen ist. Von den übrigen waren: 101 Schiffe unter einem Jahre, 1343 Schiffe von 1—10 Jahre, 1721 Schiffe von 10—20 Jahre, 1028 Schiffe von 20 bis 30 Jahre, 399 Schiffe von 30—40 Jahre, 124 Schiffe von 40—50 Jahre, 20 Schiffe von 50—60 Jahre, 10 Schiffe von 60—70 Jahre, 5 Schiffe von 70—80 Jahre, 2 Schiffe von 80—90 Jahre, 1 Schiff über 90 Jahre alt. Der Veteran oder vielmehr die Veteranin der Flotte ist „die Jungfrau Lucia" von Glückstadt, eine Brigg von 530 Tonnen, erbaut im Jahre 1781. Auf diese ehrwürdige 99jährige Jungfrau, die hoffentlich noch so lange zusammenhält, um ihr 100jähriges Dienstjubiläum begehen zu können, folgt „die Hoffnung" von Sonderburg, eine Yacht von 24 Tonnen, erbaut 1790, also fast 90 Jahre alt. Dann kommt das 1795 erbaute Vollschiff „Flora" von Elmshorn, 255 Tonnen groß. Diese drei ältesten Fahrzeuge sind also Schleswig-Holsteiner, und auch in den beiden nächstfolgenden Klassen der 60- und 70jährigen Schiffe gehört die überwiegende Mehrzahl schleswig-holsteinischen Häfen an. Meist sind es kleine Fahrzeuge: Yachten, Ewer und dergl.

[Wjera Sassulitsch und Jvan de Wöstyne.] Der Wiener „Presse" schreibt man aus Paris: Die nihilistische Heldin von Petersburg und der König der Reporter aus Paris haben in den letzten Wochen viel von sich reden gemacht. Allein weder die „Enthüllungen" der Nihilistin, noch der Prozeß Jung-Wöstyne sind es, über die ich Bemerkungen machen will, sie sind nur der Anlaß, von einer Episode zu berichten, in der Wjera Sassulitsch und Jvan de Wöstyne zusammen eine Rolle spielten, und zwar war Petersburg der Schauplatz dieser Episode. Herr von Wöstyne weilte damals als Reporter eines großen Newyorker Blattes in der nordischen Capitale. Er hatte sich als Reporter schon einen Namen gemacht. Sowohl seine Berichte vom Kriegsschauplatz in Bulgarien, noch mehr aber seine Unterredung mit dem General Kauffmann und seine Reisen in Ostsibirien hatten seinen Ruf begründet. Er war der Erste, der den bedeutungsvollen Uebertritt Schir Ali's auf russischen Boden und später dessen Tod zu melden in der Lage war, und in seinen Berichten die Verlegenheiten im Voraus ankündigte, mit denen die Engländer werden zu kämpfen haben, wenn sie in Afghanistan weiter vordringen würden. Von seinem Journal bezog er so bedeutende Summen, daß kaum ein anderer Reporter mit ihm in Concurrenz treten konnte, und fragte man ihn, ob solche Ausgaben nicht außer Verhältniß stehen mit dem Resultate, dann pflegte er zu erwidern: „Wenn ich im Jahre nur Eine wichtige Nachricht früher als alle Anderen zu melden in der Lage bin, so genügt das mir und meinem Blatte. Eine solche Nachricht war der Tod Schir Ali's, eine solche Nachricht war meine Zusammenkunft mit Wjera Sassulitsch." Er hatte selbstverständlich dem Prozesse beigewohnt, welcher gegen Wjera Sassulitsch nach dem Attentate gegen Trepow geführt worden war. Er war Zeuge der mysteriösen Befreiung der Freigesprochenen, die in Gefahr stand, von der Polizei wieder eingefangen zu werden, und es war für ihn ein sehr begehrenswerthes Ziel, eine Zusammenkunft mit der „Heldin" zu haben. Ueber das Gespräch, das er mit ihr geführt, hat er seinerzeit selbst seinem Blatte berichtet; allein wie er dazu kam, mit dem vor aller Augen sorgfältig gehüteten Mädchen zusammenzukommen, hat er damals selbst nicht erzählt; erst lange nachher hat er sie in Freundeskreisen mitgetheilt; die Episode ist aber so interessant, daß ich sie hier mit aller Reserve gegen die Personen, die sonst noch mitgewirkt, mittheilen will, so wie ich sie aus seinem Munde selbst vernommen habe.

Für den Reporter eines großen amerikanischen Blattes war es zu jener Zeit allerdings nicht schwer, mit Personen zusammenzukommen, die an der socialistischen Bewegung theilnahmen. Suchten doch diese die Reporter selbst auf, um durch sie Manches in die Oeffentlichkeit gelangen zu lassen, was sie mit ihrer Geheimpresse doch nicht effectuiren konnten. Allein ganz etwas anderes war es, Wjera Sassulitsch unmittelbar nach dem Prozesse aufzusuchen. Diese wurde von ihren Freunden so verborgen gehalten, daß die Polizei, die alle Mittel aufbot, um das Versteck zu erfahren, nicht die geringste Spur finden konnte. Wjera Sassulitsch mußte dreimal die Wohnung wechseln, bevor sie unter Verkleidung sich ins Ausland flüchten konnte, und sie war eben in Gefahr, entdeckt zu werden, als den Personen, die sich um sie angenommen hatten, der Wunsch Wöstyne's bekannt wurde. Die Befriedigung seines Wunsches sollte zugleich das Mittel bieten, um Wjera Sassulitsch aus einem unsicher gewordenen Verstecke in ein sicheres zu bringen. Er wurde also verständigt, daß er Wjera Sassulitsch sehen und mit ihr sprechen könne, allein er dürfe sich zur Fahrt keines Miethwages bedienen. Das war für Wöstyne eine sehr leicht zu erfüllende Bedingung. Er wußte, daß er am sichersten in einem sogenannten „Diplomatenwagen" fahren würde. Die Kutscher der von den fremden Vertretern in Petersburg benützten Privat-Equipagen haben nämlich eine eigene Uniform, die darin besteht, daß der Leibrock weiß- oder gold-bordirt ist und drei übereinanderliegende, spitz zulaufende, ebenfalls weiß- oder gold-bordirte Krägen hat. Eine solche Uniform ist weithin kenntlich und es fällt natürlich keinem Polizisten ein, den Insassen eines Diplomatenwagens zu belästigen. Wöstyne wußte sich von einem Freunde einen solchen Wagen zu verschaffen und fuhr zum Rendezvous. Wjera Sassulitsch sprach sich eingehend über die Ziele der socialistischen Revolution mit ihm aus und Wöstyne verheimlichte ihr nicht, daß er ihre Unterredung veröffentlichen werde. Er war aber ein zu gewiegter Journalist, als daß er nicht geahnt hätte, man werde eine solche Unterredung für apokryph erklären können. Er erbat sich daher von Wjera Sassulitsch die Gunst eines Autographs, das sie aber auf eine Nummer einer an diesem Tage erschienenen Zeitung schreiben sollte. Das that sie. Bevor sie schieden, erbat sie als Gegengefälligkeit, daß er sie in seinem Wagen mitnehmen und zum Anitschkow-Palais (dem Palais des Großfürsten-Thronfolger) führen solle. Im Diplomatenwagen fuhren also Wjera Sassulitsch und Jvan de Wöstyne durch die Straßen von Petersburg. Kein Polizist ahnte, wer die Insassen des Wagens waren. Als der Wagen vor dem Palais hielt, gaben die Schildwachen die den fremden Diplomaten gebührende Ehrenbezeugung. Wjera Sassultsch stieg aus und verschwand im Dunkel der Nacht — drei Tage später war sie jenseits der russischen Grenze. Als Wöstyne sie in Sicherheit wußte, theilte er dem Polizeimeister bei Gelegenheit einer Soiree den Inhalt der Unterredung mit der Vielgesuchten mit. Der Polizeimeister bezweifelte die Richtigkeit — da zog Wöstyne sein Zeitungsblatt aus der Tasche und überzeugte den Gewaltigen, der die Echtheit der Unterschrift bestätigen mußte, davon, daß einem Reporter wohl Manches gelingen kann, was der Polizei doch nicht gelingt. Wöstyne blieb noch lange nachher in Petersburg, wo er in der Gesellschaft eine sehr angesehene Stellung einnahm. Erst im Frühjahr dieses Jahres kehrte er nach Paris zurück, um sich wieder der Mitarbeiterschaft für französische Journale zu widmen. Es mag für ihn und für Wjera Sassulitsch besonders interessant sein, daß sie jetzt Beide in Paris sich ungestört wieder sehen können.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.